

KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT

2018

2016
2017
2018
2019
2020

INHALTS- VERZEICHNIS

<i>Alfred Riedl</i>	Herausforderungen für die Gemeinden Chancen für die Zukunft?	02
<i>Walter Leiss</i>	Zeit für Neues auch bei den Aufgaben	08
<i>Thomas Stelzer</i>	Starke Gemeinden für ein starkes Land	14
<i>Kirsten Witte</i>	Regionales Pflegebudget Pflege lokal gestalten	20
<i>Michaela Höfelsauer</i>	Wie viel Pflege braucht die Pflege?	30
<i>Artur Wechselberger</i>	Landärztemangel & Bewältigungsstrategien	36
<i>Wolfgang Unterhuber</i>	Wie viel Urbanität braucht der ländliche Raum?	44
<i>Iris Thalbauer</i>	Lesen Sie das nicht!	50
<i>Patrick Krammer</i>	Ober-Grafendorf: Warum nicht (einfach) einfach?	58
<i>Helga Lukoschat</i>	Kommunen zukunftsfähig gestalten	64
<i>Bettina Höchtl, Judith Schoßböck, Peter Parycek</i>	Warum bei digitaler Verwaltung der Mensch im Mittelpunkt steht	72
	Der Österreichische Gemeindebund	82
	Was unsere Gemeinden leisten	92
	Impressum, Bild- und Quellennachweis	94



Bgm. Mag. Alfred Riedl
Präsident des
Österreichischen Gemeindebundes

HERAUSFORDERUNGEN FÜR GEMEINDEN – CHANCEN FÜR DIE ZUKUNFT?

Die Gemeinden, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Gemeindevorstände und Gemeindevorständinnen tragen seit Jahrzehnten große Verantwortung für die Entwicklung unserer Demokratie und unseres Landes.

Schon seit der Gemeindeverfassungsnovelle 1962 hat die verfassungsrechtliche Stellung der österreichischen Gemeinden auch im europäischen Vergleich eine Vorbildfunktion. So wurden den Gemeinden sehr weite Entscheidungsmöglichkeiten und wichtige Handlungsfelder übertragen. Die kommunale Selbstverwaltung ist somit die wesentliche Grundsäule unseres Staates. Immerhin gibt es kein gemeindefreies Gebiet in unserem Land.

Blickt man aber über die Grenzen Österreichs hinaus in andere Länder, so sieht man, dass wir um unsere Eigenständigkeit, um unsere Selbstverwaltung in vielen anderen Ländern der europäischen Union beneidet werden.

Das macht einerseits stolz, denn es beweist, dass unsere Vorgänger in den Gemeinden ihre Position und Stärke dafür genutzt haben, die Rolle der Gemeinden im Staatsgefüge zu stärken und auch fest zu verankern. Andererseits bedeutet das auch, dass wir in Zukunft umso mehr gefordert sind, unsere Eigenständigkeit und Selbständigkeit mit aller Kraft zu verteidigen.

Die Gemeinden sind seit Beginn der Zweiten Republik Rückgrat unseres Staates und unserer Gesellschaft. Nicht umsonst haben die Bürgerinnen und Bürger das größte Vertrauen in die Arbeit ihrer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort. Nun gilt es, gemeinsam in die Zukunft zu schauen und wichtige Herausforderungen für die 2.098 Gemeinden der nächsten Jahre zu definieren.

Subsidiarität als Anker für die Zukunft

Die österreichische Bundesregierung hat sich als einen ihrer

Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 das Thema Subsidiarität gesetzt. Wie bereits ausgeführt, war und ist die Subsidiarität wesentlicher Erfolgsgarant für Österreichs Entwicklung. In den Gemeinden und Städten wurde der Aufbau nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges von Bürgermeistern gemeinsam mit ihren Gemeindebürgern großteils unbürokratisch organisiert. In den Gemeinderäten haben sich seit jeher alle gesellschaftlichen Schichten zusammengefunden und in den Gemeinden wird tagtäglich Politik für und mit den Menschen gemacht. Es gibt keine Ebene, die transparenter und übersichtlicher ist. In keiner Gebietskörperschaft wird so nah am Bürger über die Themen diskutiert, die Bürger unmittelbar betreffen.

Nach dem Motto, die nächsthöhere Instanz soll nur das machen, was die kleinere darunter nicht schafft oder nur schlechter organisieren kann, wird die Subsidiarität mehr oder



weniger stark gelebt. Die Menschen schätzen die Überschaubarkeit in ihren Gemeinden, die Menschen schätzen es auch, in ihren Bürgermeister direkt Ansprechpartner zu haben, die fast rund um die Uhr für sie da sind. Und wenn wir genau darüber nachdenken, wissen wir, dass in den Gemeinden das gesellschaftliche Leben, das Vereinsleben, wie wir es schätzen, kennen und lieben, tagtäglich gelebt wird.

In Österreich sind rund 3,5 Millionen Menschen in mehr als 120.000 Vereinen aktiv. Ob Freiwillige Feuerwehr, Sportverein, Rotes Kreuz, Samariter, Alpenverein, Naturfreunde, Gesangsverein, Musikverein, Kulturverein oder politische Partei: Jede Organisation braucht engagierte Menschen, die für das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden und Städten sorgen. Und für die Kommunen ist wiederum die unbürokratische Unterstützung der Vereine und Organisationen auf lokaler Ebene ein wichtiger Standortfaktor.

Denn die Menschen sehnen sich – gerade in einer immer schneller zusammenwachsenden Welt – nach Rückhalt und Geborgenheit, nach Geselligkeit und Zusammenhalt, nach Unterstützung und Unterhaltung.

Genau diese Faktoren, gepaart mit einer starken kommunalen Selbständigkeit, machen die Gemeinden zu den Grundpfeilern unseres Staates und auch Europas. Um in Zukunft stark zu bleiben, braucht es auch ausreichend finanzielle Mittel, klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung sowie Respekt und Vertrauen unter den Gebietskörperschaften. Die Gemeinden können die Kinderbetreuung nicht alleine organisieren, wenn Bund und Länder ständig neue kreative Ideen haben, die uns in den Gemeinden Millionen kosten. Dabei sind die Gemeinden überall bemüht, bedarfsgerechte Lösungen für ihre Familien anzubieten, denn eine funktionierende Kinderbetreuung ist heute mehr denn je ein wesentlicher Standortfaktor für die Kommunen.

Starke Kommunen in einem Europa der Bürger

Wenn wir den Blick in Richtung Europäische Union wenden, sehen wir, dass dort auch die Frage der Subsidiarität aktiv diskutiert wird. Die kommunale Expertise ist wesentlich für den Gesetzgebungsprozess, denn lokale und regionale politische Einheiten sind sehr oft direkt von Gesetzen und Verordnungen der europäischen Ebene betroffen. Da aber die Bedeutung und Stellung der Gemeinden in den EU-Ländern unterschiedlich ist, braucht es Vorbilder, die für andere beispielgebend sind. Bürgernähe und Selbstverantwortung sind dabei wesentliche Schlagworte, die gerade auf europäischer Ebene die Subsidiarität ausmachen.

Klar ist aber, dass sich die Europäische Union klar auf die Themen konzentrieren soll, die für alle Bürger wesentlich sind, und sich in Detailfragen stärker zurücknehmen muss. Die EU soll nur tätig werden, wenn

HERAUSFORDERUNGEN FÜR GEMEINDEN – CHANCEN FÜR DIE ZUKUNFT?

gemeinsame Regeln wirklich einen Mehrwert für alle bringen, ansonsten soll sie sich auf Rahmenregeln beschränken, die dann in den einzelnen Nationalstaaten mit den handelnden Akteuren, angepasst an die jeweilige Situation, umgesetzt werden sollen. Genau diese Detailverliebtheit der europäischen Akteure hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Europäische Union immer weiter von den Sorgen und Problemen der Menschen weggerückt ist. Man könnte also das zukünftige subsidiäre Handeln und Agieren der EU auf folgendes Credo zusammenfassen: Große Probleme gemeinsam lösen, aber den Handlungsspielraum kleiner Einheiten wahren.

Digitalisierung im ländlichen Raum

Weitere Themen, die Gemeinden intensiv beschäftigen, sind Digitalisierung und der flächendeckende Breitbandausbau bis in die ländlichen Regionen und Gemeinden. In den letzten Jah-

ren haben wir vor allem eines gesehen: Rosinen-Pickerei von Unternehmen, die mit staatlichen Mitteln gefördert wurden, um Glasfasernetze auszubauen. Aus vielen Gemeinden kam der Druck nach oben Richtung Land und Bund, in ihren Regionen für schnelle Internetverbindungen zu sorgen. Aus diesem Grund entstanden in einigen Bundesländern eigene Landesgesellschaften, die Pilotprojekte in ländlichen Regionen vorantrieben haben. Trotzdem stehen wir heute vor der Situation, dass Österreich im Vergleich mit anderen EU-Staaten beim Glasfaserausbau zu den Schlusslichtern gehört.

Die Bürgermeister in ländlichen Regionen sind bestrebt, ihren Bürgern Rahmenbedingungen für Beruf und Freizeit zu bieten, die mit denen in Ballungsräumen möglichst vergleichbar sind. Eine möglichst gute Anbindung ans Internet mit Glasfaser als Schlüsseltechnologie hat dafür oberste Priorität. In den letzten 20 Jahren hat sich

die Einstellung zum Internet radikal verändert. Wenn wir zurückdenken, kam erst vor zehn Jahren das erste iPhone auf den Markt. Wer kann sich heute noch eine Welt ohne Smartphones vorstellen? Geschweige denn, eine Welt ohne all die anderen Entwicklungen der letzten Jahre, von Online-Banking über Online-Shopping bis hin zu Streaming-Diensten und Smart Home. Das Internet ist heute nicht mehr wegzudenken und auch nicht kleinzureden.

Heute haben 88,8 Prozent aller Haushalte Internetzugang. Noch im Jahr 2002 – also vor 16 Jahren – hatte nur ein Drittel der Haushalte Zugang zum Internet.

Auch beim Datenverbrauch zeigt sich, dass die Kurve immer steiler nach oben zeigt. Zahlen aus Deutschland zeigen, dass sich der Datenverbrauch pro Haushalt seit 2002 mehr als verzehnfacht hat – von 6,6 GB auf 79 GB pro Monat. Diese Daten sind durchaus vergleichbar mit der Entwicklung in Österreich.

Das bedeutet, die rasante Entwicklung der letzten Jahre hat nicht nur unser Privat- und Berufsleben verändert, sondern auch die Anforderungen, die die Bürger an die Politik stellen. Die Menschen erwarten sich heute eine funktionierende und rasche Kommunikationsverbindung, egal, ob sie in Annaberg in Niederösterreich oder in der Landeshauptstadt Innsbruck leben. Die Internetverbindung gehört heute zur Grundversorgung wie Wasseranschluss, Kanal und Müllentsorgung. Denn Internet in den ländlichen Regionen schafft Arbeitsplätze und sichert Zukunft.

Schnelles Internet ist Teil der Daseinsvorsorge

Dieser rasante Anstieg des Internetbedarfs der Menschen ist auch bei den Gemeinden nicht stehengeblieben. Die Gemeinden haben in den letzten Jahren auch ihre Verwaltung immer stärker an die Bedürfnisse der Menschen angepasst. Immer mehr jüngere Bürger wollen heute die

wichtigsten Behördengänge online erledigen und sich den Gang auf die Ämter ersparen. Aber genau bei der Frage E-Government gilt es, die Themen Datensicherheit und Schnelligkeit unter einen Hut zu bringen, was sich leichter anhört, als es in der Realität ist.

Gerade die Gemeinden wissen aus eigener Erfahrung, dass Systeme, die der Bund zur Datenverarbeitung in der Vergangenheit und bisher verwendet hat, nicht unbedingt untereinander kompatibel waren, was wiederum zu erhöhtem Verwaltungsaufwand führte, weil man dieselben Daten und Infos mehrere Male in anderen Systemen eingeben musste.

Nun plant die Bundesregierung eine österreichweite Plattform, die alle Behördengänge bündeln, vereinfachen und übersichtlicher machen soll. Für die Gemeinden ist dabei aber klar, dass es nicht zu erhöhtem Aufwand kommen darf. Außerdem muss auch allen Bürgern, die wenig Affinität zum

Thema E-Government haben, der Weg ins Gemeindeamt weiter möglich bleiben. Der persönliche Kontakt darf nicht auf dem Altar der Digitalisierung geopfert werden.

Was gilt es nun aus unserer Sicht zu tun? Da sich die Bundesregierung klar zum raschen Ausbau der schnellen Internetverbindungen bekannt hat, gilt es nun, rasch in die richtigen Technologien zu investieren. Glasfaser bis in jedes Haus ist ein Ziel, das nicht von heute auf morgen realisiert werden kann. Aber die Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles dürfen nicht durch Planungen oder Investitionen in überholte Strukturen konterkariert werden. So müssen etwa auch die Verdichtungen von Funknetzen im Zuge des 5G-Ausbaus auf die kommunalen und regionalen Glasfaserausbaupläne abgestimmt sein.

Es wäre daher sinnvoll, dass – ähnlich, wie bei den Strom- und Gasnetzen – die Glasfaserleitungen in die Hand einer Trägerge-

HERAUSFORDERUNGEN FÜR GEMEINDEN – CHANCEN FÜR DIE ZUKUNFT?

sellschaft gelegt werden, die die Aufgabe hat, die Netze zu erhalten und koordiniert auszubauen. Dann soll der freie Markt über die Leitungen seine Produkte und Packages den Kunden im Wettbewerb anbieten können. Die Netzgebühr für Erhalt und Ausbau ist dann jedenfalls an den Betreiber zu übermitteln (Stichwort Netzgebühr beim Stromnetz). Damit könnte ein rascher und koordinierter Ausbau in ganz Österreich vorantreiben gehen und auch die ländlichen Regionen mit Breitband bzw. 5G ausreichend versorgt werden.

Neben diesen angeführten Herausforderungen gibt es noch viele andere Zukunftsfragen, die Gemeinden und Städte be-

schäftigen, und dabei gilt es, gemeinsam im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähige Lösungen zu finden, die die Lebensqualität in den Gemeinden und ländlichen Regionen sichern und weiter ausbauen. Von der Kinderbetreuung angefangen über die finanzielle Ausstattung unserer Gemeinden und das Thema Pflege und Betreuung bis hin zu den Kompetenzverflechtungen, die unser System unübersichtlich machen: In vielen Bereichen müssen die Gemeinden geeint auftreten und ihre Position mit aller Kraft vertreten, damit die Gemeinden auch in Zukunft das Herz und Rückgrat unserer Demokratie, unseres Staates und der Europäischen Union sind.



Alfred Riedl, 65,

ist Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und seit 28 Jahren Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grafenwörth in Niederösterreich.



Dr. Walter Leiss
Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes

ZEIT FÜR NEUES AUCH BEI DEN AUFGABEN

Schule, Kinderbetreuung, Soziales, Gesundheit, Pflege – viele der Bereiche, die den Gemeinden große Sorgen bereiten, werden von anderen Ebenen ohne große Mitbestimmung der Gemeinden geregelt. Die Gemeinden zahlen zwar in allen genannten Bereichen große Summen mit, können aber nur in geringem Ausmaß mitbestimmen.

In Wahrheit ist an jedem dieser Bereiche jede der drei staatlichen Ebenen in irgendeiner Weise beteiligt. Es ist oft undurchsichtig, wer wofür in der Regelungskompetenz zuständig ist und wer was konkret finanziert. Die oft kritisierten Transfers zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind hier die zentralen Hebel.

Es ist Zeit für eine Neuordnung. Das hat auch die aktuelle Regierung erkannt. Nicht umsonst wurde dem Bereich der Aufgabenentflechtung mit Josef Moser ein eigener Minister zugeordnet. Ein erster Schritt wurde Ende Mai 2018 bei einer Bund-Länder-Sit-

zung mit der Absicht, den Artikel 12 der Bundesverfassung abzuschaffen, gemacht.







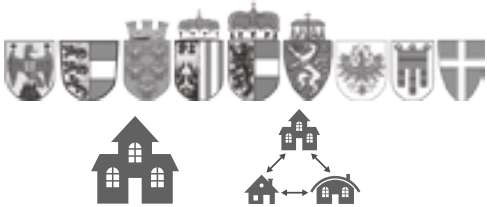






Artikel 12 der Bundesverfassung regelt jene Bereiche, für die die Grundsätze der Bund regelt und die Ausführungsgesetze die Länder. Dies umfasst das Armenwesen und die soziale Fürsorge, Heil- und Pflegeanstalten, öffentliche Einrichtungen zur außergerichtlichen Vermittlung von Streitigkeiten, eine Bodenreform (insbesondere agrarische Operationen und Wiederbesiedelung), den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge, das Elektrizitätswesen, das Arbeiterrecht sowie den Arbeiter- und Angestelltenschutz für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte und zu allerletzt Grundsatzgesetze und Grundsatzbestimmungen in Bundesgesetzen.

Neu ist diese Absicht nicht, denn bereits unter dem Tiroler Vorsitz der Landeshauptleuterkonferenz im Jahr 2016 wurde für eine Neuordnung dieses Ar-

tikels ein Grundsatzbeschluss gefasst. Geht es nach den Ländern, dann sollten viele der vorhin genannten Bereiche zu den Ländern wandern. Die Bereiche Bevölkerungspolitik und öffentliche Einrichtungen zur außergerichtlichen Vermittlung von Streitigkeiten in Gesetzgebung und Vollziehung sollen Bundessache (Art. 10 B-VG) werden. Die Themen Heil- und Pflegeanstalten sollen mit Einschränkungen sowie Elektrizitätswesen und Arbeiterrecht sowie Arbeiter- und Angestelltenschutz für die Land- und Forstwirtschaft zur Gänze in den Artikel 11 B-VG kommen, der regelt, für welche Materien der Bund die Gesetzgebung übernimmt und die Länder die Vollziehung.

Mit der Einigung zwischen Bund und Ländern soll bis Ende des Jahres eine Arbeitsgruppe, die aus vier Ländervertreter/inne/n und vier Vertreter/inne/n des Bundes bestehen soll, alle weiteren Details klären. So richtig der Ansatz zur Aufgabenreform in diesem Bereich ist, muss die

Zuständigkeiten in der schulischen Tagesbetreuung

Allgem. Bild. Pflichtschulen		AHS-Unterstufen
 <p>Grundsatzgesetzgebung: Bund Ausführungsgesetzgebung: Länder</p>	Regelungskompetenz 	 Bund
 <p>in den Ländern unterschiedlich</p>	Gesetzliche Regelungen 	 bundesweit einheitlich
 <p>Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände</p>	Schulerhalter 	 Bund
 <p>Lehrer/innen Erzieher/innen Freizeitpädagog/innen Vereine</p> <p>Länder finanziert zu 100 % vom Bund im Rahmen d. genehmigten Stellenpläne</p> <p>Gemeinden, Gemeindeverbände als Schulerhalter Unterstützungspersonal</p>	Dienstgeber Betreuungspersonal Lernzeit  Freizeit 	 Bund Lehrer/innen Erzieher/innen Freizeitpädagog/innen

Quellen: B-VG, SchOG, Rechnungshof

ZEIT FÜR NEUES AUCH BEI DEN AUFGABEN

Vorgangsweise kritisiert werden. Denn obwohl die Gemeinden von vielen dieser Bereiche ebenso betroffen sind, sind sie derzeit nicht in die Verhandlungen eingebunden.

Egal, welche Ebene über Gesetzmaterien verhandelt, welche am Ende die Gemeinden treffen werden: Sie sollte sie dazu verpflichtend auch einbinden müssen. Das ist genau jener Punkt, den die Gemeinden auf europäischer Ebene seit Jahren einfordern und der eine bessere Akzeptanz der Europäischen Union bei den Bürgern garantieren würde. Doch zuallererst müssten wir diese Sensibilität auch in unserer eigenen Bundesregierung endlich umsetzen. Mit dem Konsultationsmechanismus erhielten die Gemeinden 1996 ein wichtiges Werkzeug, um sich gegen ungebührliche Belastungen von „oben“ zur Wehr setzen zu können. Doch es ist eigentlich nicht im Sinne der Gemeinden, im Nachhinein klagen zu müssen, weil man im Vorhinein nicht gehört bzw. nicht eingebunden

wurde. Nachhaltiger wäre es, die kommunale Ebene gleich bei den Verhandlungen zu Gesetzen einzubinden.

Das erste wichtige Ziel wäre es daher, den Gemeinden auf nationaler Ebene die Kompetenz zu geben, 15a-Verträge mit dem Bund direkt abzuschließen oder sie aber zumindest direkt in die Verhandlungen einzubinden. Dieses Vorhaben ist sogar im Regierungsprogramm enthalten. Die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen im Bereich der Kinderbetreuung zeigen, dass es dringend an der Zeit wäre, dieses Vorhaben auch umzusetzen. Hier verhandelten die Länder eine Materie, die im Wesentlichen die Gemeinden betrifft. Warum die Gemeinden formal hier nicht eingebunden sind, entbehrt jeglicher Logik.

Gerade der Bereich der Kinderbetreuung kann als Paradebeispiel dafür herangezogen werden, endlich klare Strukturen in der Aufgabenverteilung zu schaffen. Bei der Neustrukturierung sollte

nach dem Prinzip vorgegangen werden, dass jede Ebene das tut, was sie am besten kann. So bleibt am Weg zu dem eigentlichen Zweck am wenigsten Geld auf der Strecke – und das muss am Ende das Ziel eines effizienten Staates sein.

In der Kinderbetreuung verfügen die Gemeinden über die längste und größte Erfahrung. Sie haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie die Kindergärten nach den Wünschen der Eltern führen können. So werden in Österreich bereits über 93 Prozent der Kinder in Tagesheimen betreut. Bei den Vierjährigen sind es sogar ohne Pflicht über 96 Prozent, die einen Kindergarten besuchen. In der Kleinkindbetreuung gibt es noch den größten Aufholbedarf. Doch auch hier ist bereits jedes vierte Kind in Betreuung.

In der Diskussion um eine Bereinigung der Grundsatzgesetzgebung wurde aber bisher ein sehr wichtiger Bereich vergessen oder bewusst ausgeklamm-

mert. Es gibt noch einen Art. 14 in der Bundesverfassung, der den Bereich des Schulwesens regelt und hier das Schema der Grundsatzgesetzgebung und Ausführungsgesetzgebung bei den Ländern vorsieht. Auch dieser sollte reformiert werden, um die Kompetenzüberschneidungen zu beseitigen. Der Bund soll sich auf Lehrziele und Inhalte, ein Controlling und ein Finanzierungskonzept beschränken und die Umsetzung den Ländern und Gemeinden überlassen.

Die Gemeinden sind Schulerhalter. Aber das gesamte Personal, von den Lehrern über die Assistenzkräfte und Freizeitbetreuer bis zu den Sozialpädagogen, gehört in eine Hand und gesamthaft finanziert. Unterschiedliche Dienstgeber, vom Land über die Gemeinden bis zu Vereinen, die alle an der Schule in einem einheitlichen organisatorischen Rahmen tätig sind, gehören beseitigt. In diesem Bereich eine regionale Kompetenz zu schaffen hätte viele Vorteile. So müsste, wenn ein Bundesland

eine Gesamtschule einführen will, nicht die Bundesverfassung geändert werden. Auch was die ideale Größe einer Schule angeht, wäre eine regionale Kompetenz wahrscheinlich zielführender.

Der Endpunkt all dieser Anstrengungen müsste es jedoch sein, eine echte Aufgaben- und damit Kompetenzbereinigung vorzunehmen. Die Gesundheits- und Sozialausgaben der Länder und Gemeinden machen mehr als die Hälfte der Budgets aus. Im Gesundheitsbereich haben wir daneben noch die Sozialversicherungen als eigenständige Player mit Gestaltungs- und Finanzverantwortung. Ob dieses System dauerhaft bestehen kann, darf bezweifelt werden. Die Gemeinden haben überwiegend ihre Gemeindespitäler in die Landeskompetenz übertragen, sind aber nach wie vor an der Finanzierung beteiligt, ohne eigene Gestaltungs- und Einflussmöglichkeit. Dass eine Neuordnung nicht einfach umsetzbar sein wird, ist mir schon klar.

Das zeigen allein die Schwierigkeiten, mit denen die Bundesregierung bei der Sozialversicherungsreform konfrontiert ist.

Ähnliches gilt für die Sozialausgaben. Die Diskussionen über das Arbeitslosengeld neu und die geplante Überführung in die Mindestsicherung mit einer damit verbundenen Verschiebung der Finanzlasten zeigen, dass auch hier eine grundsätzliche Neuordnung erforderlich wäre. Die Sozialhilfe, wie sie vor der Einführung der Mindestsicherung bestand, verbleibt in der Kompetenz der Länder; Arbeitslosengeld neu, inklusive der Mindestsicherung, wie auch immer diese geregelt wird, geht an den Bund. Ein einheitliches Gesetz und nicht komplexe Konstruktionen, die die Umsetzung erschweren. Auch das ein nicht leicht umsetzbares Vorhaben.

Klar ist jedoch, dass es derartiger Reformen bedarf, um die dauerhafte Sicherstellung aller Leistungen, die damit verbunden sind, sicherzustellen.



Gesetzliche
Regelungen



Schulerhalter



Lernzeit



Dienstgeber
Betreuungspersonal



ZEIT FÜR NEUES AUCH BEI DEN AUFGABEN



Walter Leiss, 60,

ist seit 2011 Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.



Mag. Thomas Stelzer
Landeshauptmann von Oberösterreich

STARKE GEMEINDEN FÜR EIN STARKES LAND

Jeder Staat, jedes Land, jede Region braucht eine feste Basis und eine Kraftquelle für die Bürgerinnen und Bürger. Wir finden diese dort, wo wir zu Hause sind – in unseren Städten und Gemeinden.

Die Gemeinde ist Heimat und eine Kraftquelle, sie bedeutet Identifikation, sie bietet Gemeinschaft, aber sie erfordert auch den persönlichen Einsatz für ihren Erhalt. Vieles funktioniert gerade deswegen in unseren Gemeinden, weil sich hier Menschen, ohne zu fragen, was sie dafür bekommen, ehrenamtlich und freiwillig engagieren – bei der Feuerwehr, bei der Rettung, im Sport, in der Kultur, in vielen sozialen Initiativen, in den Pfarren oder in der lokalen Politik. Die Menschen tun das, weil sie sich mitverantwortlich für die Gemeinschaft fühlen, weil sie etwas bewirken oder helfen wollen, weil ihnen das Zusammenleben so wichtig ist, dass sie dafür bereit sind, sich einzubringen.

Die eigenen Wurzeln nicht nur zu kennen, sondern sie auch zu stärken, das bedeutet letztlich Engagement in der Gemeinde. Wir unterstützen und fördern die Menschen in ihrem Engagement und in ihrem Gestaltungswillen, weil sie damit ihren Beitrag zur Lebensqualität und zum Miteinander leisten und auch andere motivieren, sich einzubringen.

Selbstbestimmung und Eigenverantwortung

Der Föderalismus hat es einem Bundesland wie Oberösterreich ermöglicht, seine Chancen eigenverantwortlich wahrzunehmen und die dafür notwendigen Schritte zu setzen. Oberösterreich ist heute das „Land der Möglichkeiten“: Wir haben nicht nur die Rahmenbedingungen für die Erreichung unserer standortpolitischen Ziele selbst gesetzt, wir wollen auch, dass jede und jeder Einzelne seine Chancen für den persönlichen oder den Erfolg seines Unternehmens nutzen kann.

Was Oberösterreich, was jedes Land erfolgreich macht, ist vor allem, was seine Bürgerinnen und Bürger leisten. Föderale, eigenverantwortliche Politik ist somit ein Bekenntnis zur Heimat und zur selbstbestimmten Weiterentwicklung unserer Region.

Eigenverantwortliches Arbeiten ist daher auch in Gemeinden das Grundprinzip der Gestaltung – und damit auch das Wahrnehmen und Umsetzen von Chancen, die für eine Region Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg bedeuten.

Das Land Oberösterreich hat aus diesem Grund die „Gemeindefinanzierung Neu“ aufgestellt, die am 1. Jänner 2018 in Kraft getreten ist. Dieses zeitgemäße Modell bedeutet für die oberösterreichischen Gemeinden deutlich mehr Autonomie, neue Entscheidungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume, damit sie ihren zentralen Aufgaben nachkommen können: die Lebensqualität kontinuierlich zu verbessern, die Infrastruktur leistungsfähig zu halten.

zu halten und die wirtschaftliche Stärke zu erhöhen.

Die Gemeinden werden dabei vom Land Oberösterreich beraten und unterstützt. Es werden aber auch zusätzliche Anreize für Gemeindekooperationen gesetzt und höchstmögliche Qualität auf kurzen Wegen gewährleistet.

Transparenz und Fairness

Im Zentrum der „Gemeindefinanzierung Neu“ steht ein Fondsmodell, verbunden mit einer verstärkten Beratungs- und Serviceleistung durch das Land Oberösterreich.

- Der Strukturfonds beinhaltet Bedarfszuweisungsmittel an die Gemeinden. Die Verteilung erfolgt nach aufgaben- und finanzkraftorientierten Kriterien. Er sichert die finanzielle Grundausstattung der Gemeinden.

- Ziel des Härteausgleichsfonds ist, allen Gemeinden einen ausgleichlichen Haushalt zu ermöglichen. Für Gemeinden, die trotz

der neuen Basisförderung aus dem Strukturfonds keinen Ausgleich erreichen können, wird der Härteausgleichfonds eingerichtet. Es erfolgt eine enge Begleitung und Beratung der Gemeinden im Rahmen des Gemeindeservices.

- Der Projektfonds dient zur Finanzierung kommunaler Kernbereiche. Im Sinne der Deregulierung werden gleichzeitig Förderprozesse modernisiert, vereinfacht und beschleunigt. Hier kommt das One-Stop-Shop-Prinzip zum Tragen.

- Der Regionalisierungsfonds ist für regionale bzw. gemeindeübergreifende Kooperationsprojekte vorgesehen.

- Die Möglichkeit zur Zwischenfinanzierung, vor allem bei Großprojekten, besteht weiterhin.

Klar ist, dass das noch junge Modell der „Gemeindefinanzierung Neu“ auch eine umfassende Evaluierung braucht. In diese werden die Erfahrungswerte und

Rückmeldungen aus den Gemeinden einfließen, nachdem sie über einen Zeitraum von zwei Jahren damit gearbeitet haben. Anregungen, die in die Evaluierung einfließen, nehmen wir natürlich bereits jetzt entgegen und führen somit den aktiven Diskussionsprozess.

Fokus auf Kooperationen und Zusammenarbeit

Eigenverantwortung beruht nicht auf Zwangsverordnungen von oben, sondern auf der Förderung von nachhaltigen Kooperationen. Daher unterstützen wir die Gemeinden im Zuge der „Gemeindefinanzierung Neu“ bei der Umsetzung gemeindeübergreifender Kooperationen und Projekte. Der neu geschaffene Fördertopf ist für kommunale Projekte im Zusammenhang mit Amtsgebäuden, Bauhöfen, Verwaltungsräumen und Bädern vorgesehen. Dabei werden Verantwortung und Lösungskompetenz in den Regionen gestärkt und Investitions- und Instandhaltungskosten für die Gemeindehaushalte verträglich gehalten.

STARKE GEMEINDEN FÜR EIN STARKES LAND

Es ergeben sich darüber hinaus Kooperationsmöglichkeiten im Bereich des Fuhrparks, der Veranstaltungsräumlichkeiten oder dem Kindergarten-, Hort- und Pflichtschulbau. Gerade kleinere Gemeinden, deren personelle und finanzielle Ressourcen begrenzt sind, profitieren davon, wenn vor allem in komplexen Materien Kompetenzen gebündelt und Synergien optimal genutzt werden.

Auf Ebene der Verwaltung gibt es in den Bereichen Bauverwaltung, Standesamt, Aufgaben- und Gebührevorschreibung, Buchhaltung oder Personalverrechnung konkrete Handlungsmöglichkeiten. Hier können die Verfahren beschleunigt, die Qualität gesteigert und das Service der Kommunaldienstleister auf hohem Niveau erhalten bleiben. Kooperationen im Gemeindeverwaltungsbereich sind gute Beispiele, wie insbesondere Kleingemeinden wirksam entlastet werden können.

Deregulierung in allen Bereichen

Unser erklärtes landespolitisches Ziel ist, die Amtswege sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen, die gerade in der digitalen Zeit auf einfache, unkomplizierte Wege angewiesen sind, zu erleichtern und zu vereinfachen. Was in der Gesetzgebung und in behördlichen Abläufen weg kann, das soll auch wegkommen.

Deregulierung beginnt bei jeder Entscheidung über eine neue Regelung. Dort, wo wir es selbst in der Hand haben, wollen und werden wir kontinuierlich Vorschriften reduzieren und dafür mehr Hausverstand und mehr Mut zur Eigenverantwortung ermöglichen.

Das große Ziel muss aber ein moderner Staatsaufbau mit klarer Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern sein. Durch Initiativen, die sowohl vom Bund als auch von Oberösterreich ausgehen, wie zuletzt im Bereich der Zusammenarbeit

von Magistraten und Bezirkshauptmannschaften, lösen wir veraltete Strukturen und ordnen Zuständigkeiten in der Verwaltung neu. Davon profitieren die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger und die Betriebe. Denn rasche Verfahren und Entscheidungen steigern letztlich die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, was wiederum den Gemeinden und Regionen zugutekommt.

Digitalisierung ist zentraler Faktor für den Standort

Die Digitalisierung als der wohl wichtigste Megatrend unserer Zeit bedeutet Umwälzungen in nahezu jeder wirtschaftlichen Branche, im Gesundheitsbereich, in der Kommunikation und damit auch in der Verwaltung und hier insbesondere im Bürgerservice. Wir sprechen daher auch von digitaler Transformation: eine Veränderung, die eine öffentliche Verwaltung offensiv und produktiv angehen muss, um ihre Vorteile für sich und ihren Öffentlichkeitsauftrag

bestmöglich und zeitgemäß zu nutzen.

Das Land Oberösterreich, das schon bisher in zahlreichen Bereichen digitale Serviceleistungen anbietet, nimmt die Herausforderung mit einem umfassenden Digitalisierungsprojekt an. Digitalisierungskooperationen mit den Gemeinden sind ein erklärtes Ziel, wofür wir unter anderem Musterlösungen mit einzelnen Gemeinden erarbeiten wollen. Vorgesehen sind nach heutigem Stand unter anderem auch modulare digitale Musterverfahren in der allgemeinen Verwaltung als „Leuchtturmprojekte“.

Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, dass gemeinsam Ideen umgesetzt werden. Hier brauchen einander Länder und Gemeinden als Partner, die die aktuellen technologischen Entwicklungen für ihre Arbeit einzusetzen wissen und auch als Impulsgeber für andere öffentliche Verwaltungen dienen.

Dafür unerlässlich ist der Ausbau von Datenhighways, damit schnelles Internet in allen Regionen zur Verfügung steht. Dafür investieren wir in Oberösterreich in den nächsten fünf Jahren 100 Millionen Euro.

Oberösterreich erhöht Bürgermeister-Bezüge

Die Bürgerinnen und Bürger setzen hohes Vertrauen in die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Diese sind auch erste Anlaufstelle für die Anliegen und Sorgen in der Gemeinde und stehen de facto rund um die Uhr für ihre Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Gerade im Wissen, dass Gemeindepolitikerinnen und -politiker ihre Tätigkeit nicht aus finanziellen Motiven ausüben, erhalten nebenberufliche Bürgermeister/innen in OÖ ab 1. Jänner 2019 monatlich um 500 Euro, hauptberufliche Bürgermeister/innen in OÖ um 250 Euro mehr. Und die Unterscheidung zwischen haupt- und nebenberuflichen

Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern schaffen wir ab dem Jahr 2021 generell ab.

Gemeinsam erfolgreich sein

Schneller, bürgernäher und unbürokratisch vor Ort entscheiden und gestalten: Das ist das gelebte Prinzip der Subsidiarität und des Föderalismus. Dieses setzt sich von der Bundes-, Landes- und der Bezirksverwaltung bis in die Gemeinden als unterste politische Einheit des Staates durch.

Die Autonomie und die Entscheidungsmöglichkeiten unserer Gemeinden kontinuierlich auszubauen und zu stärken und gleichzeitig die Landesverwaltung als Partner und Unterstützer zu wissen bedeutet, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten.

Eine starke Region und ein starker Standort können nur dann erfolgreich sein, wenn die kleinsten Einheiten, die Gemeinden, erfolgreich sind. Um das zu erreichen und zu gewährleisten,

kann es nur ein Miteinander geben: So, wie es die Menschen, die sich in ihren Heimatgemeinden engagieren, jeden Tag vorleben.

STARKE GEMEINDEN FÜR EIN STARKES LAND



Thomas Stelzer, 51,

nahm sein erstes politisches Mandat im Linzer Gemeinderat an. Im Alter von 25 Jahren wurde er studierter Jurist Landesobmann der Jungen ÖVP. Über den Job als Geschäftsführer der Oberösterreichischen Volkspartei schaffte er den Aufstieg bis zum Bundesparteiohmann. 18 Jahre lang war er zudem im Landtag tätig, bevor er 2015 zum Landeshauptmann-Stellvertreter wurde. Seit 6. April 2017 ist er Landeshauptmann von Oberösterreich.



Dr. Kirsten Witte

Leiterin des Programms LebensWerte Kommune
in der Bertelsmann Stiftung

REGIONALES PFLEGE BUDGET – PFLEGE LOKAL GESTALTEN

In vielen Regionen Deutschlands wird es zunehmend schwieriger, einen freien Platz in einer Pflegeeinrichtung zu bekommen oder einen Anbieter für die ambulante häusliche Pflege zu finden, der noch freie Kapazitäten hat. Häufig mangelt es nicht an freien Plätzen, sondern an Pflegefachkräften. Dabei wird der Bedarf an professioneller Pflege in den kommenden Jahren weiterhin steigen. Die Städte, Gemeinden und Landkreise geraten zunehmend unter Druck. Im Folgenden werden Probleme der Pflegesituation in Deutschland und eine mögliche Lösung durch dezentralisierte Strukturen diskutiert. Anhand einiger guter Beispiele aus Deutschland werden vier zentrale Steuerungsansätze identifiziert, die zur Stärkung ambulanter Pflege beitragen können. Mit dem regionalen Pflegebudget haben Bertelsmann Stiftung und Prognos AG darüber hinaus einen Reformvorschlag entwickelt, der regionale Steuerungsverantwortung und ambulante Pflege weiter stärken soll.

In der Gesundheits- und Pflegepolitik in Deutschland wird viel über die Knappheit finanzieller Ressourcen gesprochen. Dabei wird leicht übersehen, dass der demografische Wandel uns mittelfristig vor ganz andere Probleme stellen wird. Die Gesellschaft altert. Damit wird die Zahl der Pflegebedürftigen mittelfristig stark steigen. Gleichzeitig sinkt das Erwerbspersonenpotenzial. Damit wird auf der anderen Seite die Zahl der Pflegekräfte sinken. Schon heute sieht sich der Pflegesektor mit starken Personalengpässen konfrontiert. Für die Altenpflege ermittelte die Bundesagentur für Arbeit, dass offene Stellen im Durchschnitt 102 Tage unbesetzt bleiben.

Wenn die demografische Entwicklung fortschreitet und die systemischen Voraussetzungen bleiben wie bisher, fehlen bis 2030 allein in der Pflege ca. 500.000 Vollzeitkräfte. Dabei ist die Situation in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich (vgl. Abb. S. 22). Diese Unterschiede sind insbesondere auf eine dif-

ferierende Besiedlungsdichte und Altersstruktur der Regionen, aber auch auf unterschiedliche Pflegesettings zurückzuführen. Im Themenreport Pflege 2030 der Bertelsmann Stiftung haben wir verschiedene Entwicklungsszenarien und die jeweiligen regionalen Unterschiede herausgearbeitet.

Eine wichtige Stellschraube zur Verringerung der Personallücke im Pflegebereich ist sicherlich die Aufwertung sozialer Dienstleistungen. So hat die Hans-Böckler-Stiftung konkrete Schritte aufgezeigt zur Aufwertung sozialer Dienstleistungen bei Entgelt, Personalbemessung, Arbeitszeit und beruflicher Entwicklung.

Eine nachhaltige Verminderung der sich abzeichnenden Pflege-lücke ist jedoch allein durch die Attraktivierung der Pflegeberufe nicht zu erreichen. Sie kann nur durch eine ergänzende und konsequente Stärkung der ambulanten Versorgung und eine Mobilisierung zivilgesellschaftli-

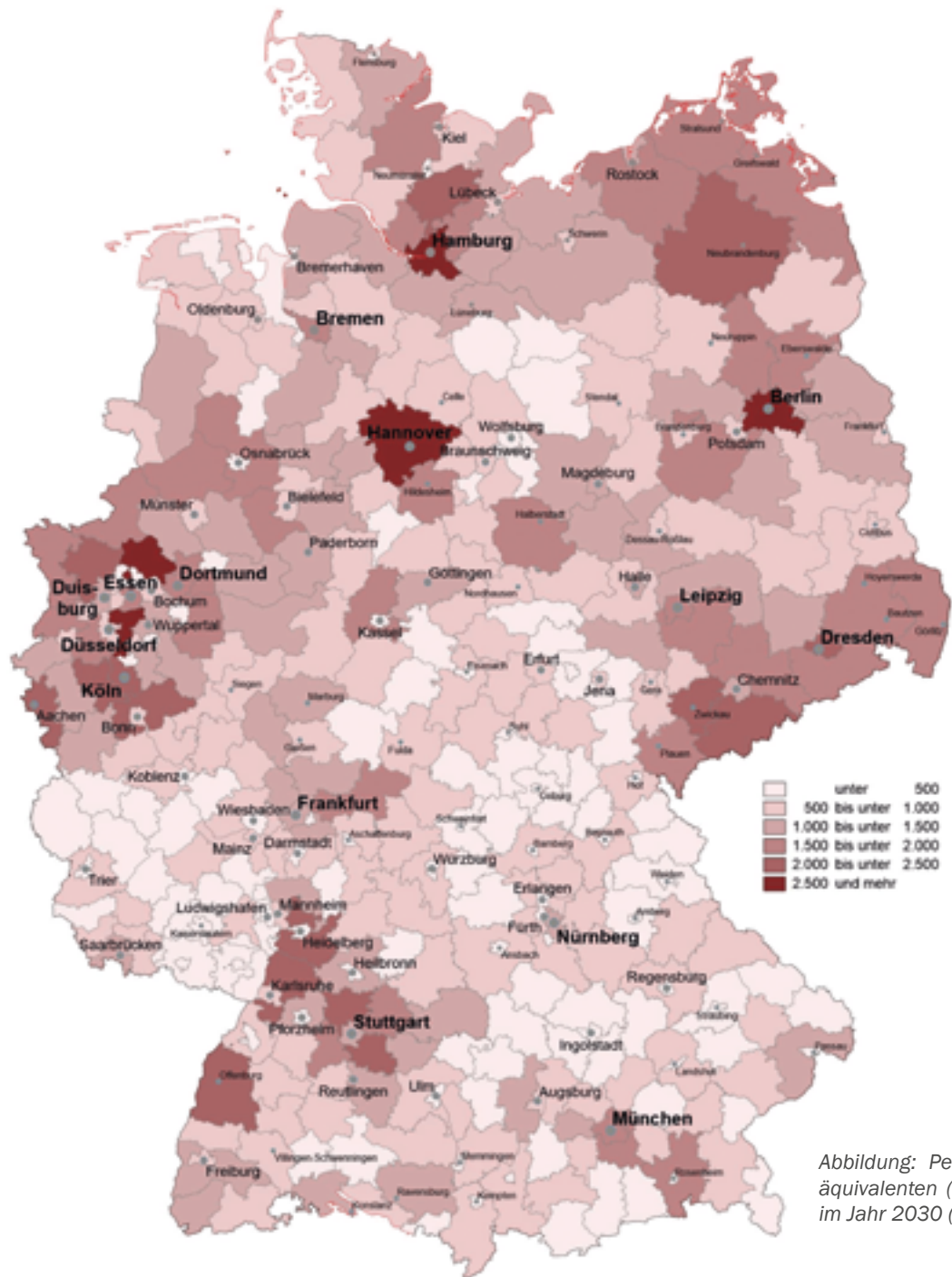


Abbildung: Personallücken in Vollzeit-äquivalenten (ambulant und stationär) im Jahr 2030 (absolut)

Quelle: Bertelsmann Stiftung

REGIONALES PFLEGEBUDGET – PFLEGE LOKAL GESTALTEN

chen Engagements gelingen. In der ambulanten bzw. häuslichen Pflege gelingt es sehr viel besser, Familie und Zivilgesellschaft in die Betreuung der zu Pflegenden einzubinden. Die Pflegebedürftigen bleiben Teil der häuslichen Gemeinschaft. Aus diesem Grund entspricht ambulante Pflege sehr viel mehr den Wünschen der Menschen, die so lange wie möglich zu Hause bei der eigenen Familie und in den eigenen vier Wänden leben möchten. Last but not least entspricht eine solche Anreizstruktur auch den gesetzlichen Vorgaben: § 13 des Sozialgesetzbuches XII verlangt den Vorrang ambulanter vor teilstationären und stationären Leistungen.

Will man dies erreichen, benötigt man leistungsfähige und ausreichend ausgestattete kommunale Verantwortungsträger, die ihren Gestaltungsauftrag für die Versorgung der Menschen vor Ort wahrnehmen wollen und können.

In der Studie *Demographie Konkret – Pflege* kommunal gestal-

ten hat die Bertelsmann Stiftung untersucht, inwieweit die Kommunen unter den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen Einfluss auf die Gestaltung des örtlichen oder regionalen Pflegeangebots nehmen können. Die Studie hat vier zentrale Steuerungsansätze identifiziert, die zur Stärkung ambulanter Pflege beitragen können und hierfür erfolgreiche Praxisbeispiele benannt. Im Portal www.wegweiser-kommune.de der Bertelsmann Stiftung sind diese und weitere Praxisbeispiele zu finden.

So kann der Aufbau von effektiven Vernetzungsgremien für die lokalen Pflegeakteure ein Steuerungsansatz sein, durch den die ambulante Versorgung zielgerichtet gestärkt werden kann. Ein Beispiel hierfür ist das Netzwerk „Älter werden in Potsdam“ oder die Netzwerkarbeit der Stabsstelle Altenhilfe im Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Kommunen, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen in der

aktiven Gestaltung der Altenhilfe und Altenpflege ein wichtiges Handlungsfeld ihrer Arbeit sehen, weisen häufig einen hohen ambulanten Pflegeanteil in der Versorgung auf. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Landkreis Haßberge oder die Freiwilligeninitiative „Bürger helfen Bürgern“ in Oberaurach.

Auch eine strategisch ausgerichtete kommunale Investoren- und Trägerberatung kann den Ausbau von ambulanten Angeboten stärken. Der Landkreis Gütersloh konnte durch seine Beratungs- und Fördertätigkeit den Auf- und Ausbau von ambulanten Wohngruppen sowie von Tagespflegeangeboten erreichen.

Tagespflegeangebote sind von hoher Bedeutung für die ambulante Versorgung. Durch diese Angebote können die pflegenden Angehörigen deutlich entlastet und der Umzug in eine stationäre Einrichtung verzögert oder verhindert werden. Als gute Praxisbeispiele wurden in der Studie die Tagespflege der



Abbildung: Eckpunkte für die Ausgestaltung des Regionalen Pflegebudgets

AurA gGmbH im Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie die Tagespflege des Vereins Daheim e. V. in Gütersloh benannt.

In einigen Bundesländern steht die Förderung von Quartiersprojekten im Fokus. Leitgedanken sind hierbei die Förderung und der Aufbau von sorgenden Gemeinschaften. In den Projekten soll ein Wohlfahrtsmix zwischen Staat, Markt und Gemeinschaft entwickelt und etabliert werden. Neben den Kommunen, den frei-gemeinnützigen und privatwirtschaftlichen Anbietern von sozialen Dienstleistungen sowie der Wohnungswirtschaft spielen die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Bürgerinnen und

Bürger eine aktive und zentrale Rolle. Mittlerweile existieren viele dieser Projekte schon seit einigen Jahrzehnten und haben somit ihre Tragfähigkeit unter Beweis gestellt. Quartiersprojekte finden sich nicht nur in größeren Städten (z. B. Haus im Viertel der Bremer Heimstiftung), sondern auch in ländlichen Gemeinden und Regionen (z. B. Lebensräume für Alt und Jung der Stiftung Liebenau). Im www.wegweiser-kommune.de findet man bei den Praxisbeispielen sowohl das Haus im Viertel wie die Lebensräume für Jung und Alt.

Die guten Beispiele machen deutlich, wie die pflegerische Situation vor Ort durch dezentrale

Strukturen verbessert werden kann. Die zentrale pflegerpolitische Herausforderung besteht somit darin, die Verantwortung und Ausstattung der Kommunen strukturell und finanziell zu stärken, ohne den durch die Pflegeversicherung begründeten individuellen Leistungsanspruch der Versicherten zu untergraben.

Genau an dieser Stelle setzt das Konzept zum Regionalen Pflegebudget an. Es geht dabei im Wesentlichen darum, die Leistungsmittel der Pflegeversicherung mit der kommunalen Gestaltungsverantwortung zu verbinden, indem Kommunen entsprechend der Anzahl und Einstufung ihrer pflegebedürftigen Bürger Mittel

REGIONALES PFLEGE BUDGET – PFLEGE LOKAL GESTALTEN

aus der Pflegeversicherung erhalten. Die Zuweisung wird pauschal, gestaffelt nach Pflegestufe bzw. Pflegegrad, gewährt und ist unabhängig vom gewählten Pflegesetting (informell, ambulant, stationär). Damit wird ein finanzieller Anreiz zur Förderung ambulanter Versorgungsangebote vor Ort gesetzt. Zugleich bleiben die individuellen Leistungsansprüche der Pflegebedürftigen und ihre Wahlmöglichkeiten unangetastet.

Aufgrund ihrer Planungs- und Steuerungshoheit können Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des regionalen Pflegebudgets passgenaue Versorgungsstrukturen in der Region schaffen. Sie haben es in der Hand, etwa durch Versorgungsverträge oder andere Anreizsysteme niedrige Pflegesettings (insbesondere ambulante und integrierte Versorgungssettings) zu sichern, bei denen professionelle Pflegeleistungen und niedrigschwellige Hilfen optimal ineinanderfließen.

In Abhängigkeit von einem jeweils unterschiedlich starken Regionalbezug und unterschiedlicher strategischer Bedeutung für das Gelingen des Gesamtvorhabens können vier spezifische Aufgabenmodule unterschieden und ihrer Ausprägung entsprechend jeweils unterschiedlichen Institutionen zugewiesen werden (Abbildung S. 24).

Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, im Sinne einer möglichst schlanken und effizienten Aufgabenerfüllung nur diejenigen Aufgaben zu regionalisieren, die einen starken Ortsbezug und hohe steuerungsstrategische Bedeutung besitzen. Für die zusätzlichen Aufwendungen, die den Kreisen und kreisfreien Städten entstehen, werden ihnen zusätzliche Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt.

Das Regionale Pflegebudget sorgt nicht per se für kreative regionale Lösungen, aber es schafft eine strukturelle und finanzielle Voraussetzung dafür,

dass innovative Konzepte vor Ort eine bessere Chance haben, verwirklicht zu werden.

Die Umsetzung dieses Konzeptes zielt auf Effizienzgewinne vor allem durch die qualitativen Verbesserungen der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen und eine bessere Unterstützung ihrer Angehörigen im häuslichen Umfeld. Wenn es gelingt, von 20 bisher stationär versorgten Menschen nur einen ambulant zu pflegen, deckt dies bereits die Kosten, die für die zusätzlichen Aufgaben zu regionalisieren, die einen starken Ortsbezug und hohe steuerungsstrategische Bedeutung besitzen. Für die zusätzlichen Aufwendungen, die den Kreisen und kreisfreien Städten entstehen, werden ihnen zusätzliche Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung gestellt. Vor allem aber entspricht die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ den Wünschen der Betroffenen.

Mit dem Konzept zu einem Regionalen Pflegebudget will die Bertelsmann Stiftung eine pflegepolitische Diskussion in Deutschland anstoßen, die über die Reform der Pflegeversicherung und die Erneuerung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs – so notwendig und dringend beide Vorhaben sind – hinausgeht. Dabei wird bewusst die Rolle der Kommunen ins Zentrum der Überlegungen gestellt, weil gute Pflege nur vor Ort gestaltet und verantwortet werden kann.

Hauptkritikpunkt in Deutschland ist die Tatsache, dass zur Umset-

zung des Konzeptes – um Mischverwaltung zu vermeiden – auf Ebene der Sozialgesetzgebung Kranken- und Pflegeversicherung durch den Bundesgesetzgeber klar getrennt werden. Die nicht unberechtigte Befürchtung ist, dass das zu Synergieverlusten führen könnte.

Da in Österreich Kranken- und Pflegesystem nicht in der gleichen Weise integriert sind wie in Deutschland, wäre eine stärkere regionale Verantwortung in der Steuerung von Pflegeleistungen vielleicht auch hier ein gangbarer Weg.



REGIONALES PFLEGE BUDGET – PFLEGE LOKAL GESTALTEN



Kirsten Witte, 52,

arbeitete nach ihrem VWL-Studium als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Münster bis 1994. Im gleichen Jahr promovierte sie zum Thema „Ordnungspolitische Perspektiven der Europäischen Union“. Von 1994 bis 2001 war sie in verschiedenen Funktionen bei der Stadt Münster tätig. Für die Bertelsmann Stiftung arbeitet sie seit 2001 und seit 2005 leitet sie hier das Programm LebensWerte Kommune.

Pflege in Zahlen

Pflegende

Private

Beziehung

30 % Ehepartner/in
24 % Töchter
12 % Sohn
Rest Schwiegertochter,
Mutter, Schwester

Alter

Frauen: 61,6 Jahre
Männer: 66,19 Jahre

Berufstätigkeit

11,82 % Vollzeit
11,32 % Teilzeit
10,37 % Beruf aufgegeben
oder reduziert

Volkswirtschaftliches Potenzial

pflegender Angehöriger:
3-4 Mrd. Euro

Profis

Mobil

92 % Frauen
8 % Männer

Stationär

84 % Frauen
16 % Männer

Gepflegte

39 % leben
allein zuhause

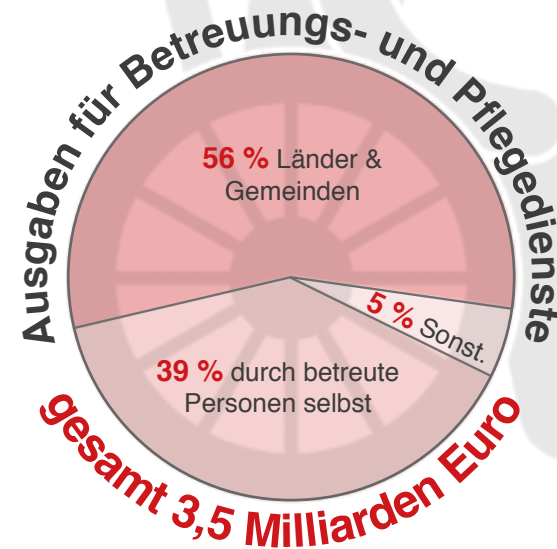
Frauen **78,0 Jahre**
Männer **73,1 Jahre**

Zwei Drittel aller mobil
Gepflegten sind Frauen

Drei Viertel aller stationär
Gepflegten sind Frauen

Pflegekosten

455.000 Menschen haben
Anspruch auf Pflegegeld



Pflege & Pflegedienste

95.800 Personen
in stationären Einrichtungen

16 %

84 %
werden zuhause
betreut/gepflegt,
davon ...

2 %
in teilstationären
Einrichtungen

46 %
durch
Angehörige

5 %
mit 24-h-Pflege

31 %
durch
mobile Dienste

Profibetreuung

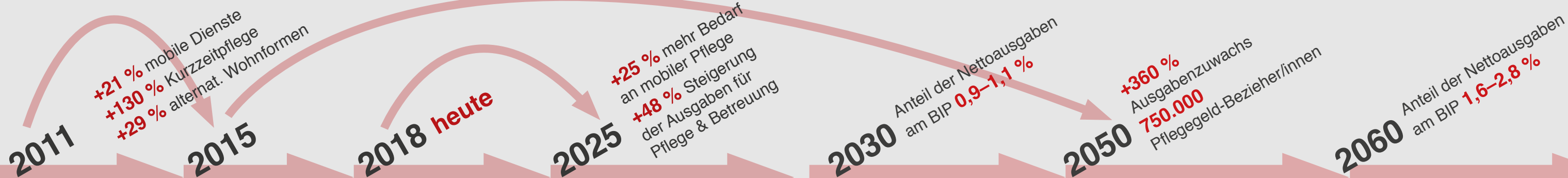
34 %
stationäre
Einrichtungen

59 %
mobile
Dienste

5 %
alternative
Wohnformen

3 %
teilstationäre
Einrichtungen

Quellen: siehe Quellenachweis





Michaela Höfelsauer
Bürgermeisterin in Lend sowie
Leiterin des örtlichen Seniorenheimes

WIE VIEL PFLEGE BRAUCHT DIE PFLEGE?

#Zukunft Pflege – Märchen oder Alptraum

„Aufopfernd kümmere ich mich um betagte Menschen, die ihren Alltag nicht mehr bewältigen können. Liebevoll und voller Geduld bade oder dusche ich sie, unterstütze sie beim Essen, bereite Medikamente vor, helfe ihnen bei den alltäglichen Bedürfnissen, die sie nicht mehr alleine schaffen, gehe mit ihnen spazieren, höre zu und vieles mehr. Gerne komme ich auch zu ihnen nach Hause, kein Weg ist mir zu weit. Jeden Tag gebe ich mein Bestes und mein Lohn ist die Dankbarkeit.“

Der Pflegealltag sieht oft genug anders aus. Denn wenn sich nicht bald jemand aufrafft, um so einiges zu verbessern, dann ist die Versorgung alter, kranker oder anderer bedürftiger Menschen in dieser Form gestorben. Mangels Pflege der Pflege. Obwohl die gut geschulten Pflegekräfte mit voller Energie und Freude am Beruf alles geben, sogar über ihre Grenzen gehen,

reicht ihr Einsatz im Alltag kaum aus.

Strukturen, Anforderungen und Sichtweisen über die Aufgaben der Pflegepersonen haben sich in der Realität zu sehr geändert. Das Bild, das die Bevölkerung vom aufopfernden Pfleger in einem Seniorenheim oder in der Hauskrankenpflege hat, der automatisch alle Aufgaben, Abläufe und persönlichen Befindlichkeiten eines Angehörigen übernimmt, welcher daheim diese Aufgaben ausführen würde, entspricht selten den Tatsachen. Immer mehr tritt der Hotel/Gast-Charakter eines Pflege- oder Seniorenheims in den Vordergrund. So reicht es zum Beispiel nicht mehr, den Körper eines zu Pflegenden einzucremen. Das Personal sollte mittlerweile geschult sein, die Augencreme von der Cellulite- und der Handcreme zu unterscheiden, die Fußcreme nicht vergessen und alles auch entsprechend zur passenden Tageszeit anwenden.

Mag dies amüsant klingen, dann ist doch der Spagat zwischen den Anforderungen der zu pflegenden Personen, der Angehörigen, der kontrollierenden Stellen und den immer umfangreicheren Gesetzen fast unmöglich zu schaffen und unter einen „Pflegehut“ zu bringen. Es kommt oft zu großen Unterschieden in der Auffassung, es fehlt an der Zeit für Kommunikation und Konfliktpotenzial entsteht und schwächt unnötig den Ruf der Institutionen und des Personals.

www.Traumberuf-Pflege.ade

Pflegekräfte werden neben den vielen psychischen Belastungen, die sie täglich schultern, auch körperlich extrem stark beansprucht. Zusätzlich wird durch den akuten Personalmangel in der Branche im ganzen Land die Lage für die Mitarbeiter in Senioren- und Pflegeheimen, aber auch in der mobilen Hauskrankenpflege immer anstrengender. Eine 100%ige Anstellung ist körperlich kaum zu schaffen. Auch wenn man es sich leisten

kann, das Beschäftigungsausmaß zu reduzieren, müssen durch den Personalmangel (oft aus Kostengründen) zusätzliche Dienste übernommen werden. Überarbeitung und nervliche Belastung führen zu vermehrten Krankenständen, die wiederum das restliche Personal abdecken soll. Durch die vielen Feiertags-, Schicht- und Teildienste hat der Beruf den berechtigten Ruf, zusätzlich noch familienunfreundlich zu sein. Die gesetzlich vorgeschriebene täglich anwesende Diplomkraft macht es vor allem für kleinere Heime immer schwieriger, da so gut wie kein Diplompersonal mehr den Weg in die harte Welt der Altenpflege sucht.

Nach dieser Arbeitsbeschreibung sollte wenigstens der Gedanke beruhigen, dass Pflegekräfte gut bezahlt werden. Das Gegenteil ist der Fall, und obwohl ein Mangel an qualifiziertem Personal besteht, wird dieser Beruf noch immer nicht finanziell aufgewertet.

Kaum jemand will sich mit dem Tod beschäftigen, es reicht, wenn er dann da ist. Genau so geht es mit der Pflege. Und trotzdem wird früher oder später jeder von uns mit dieser Sparte konfrontiert, denn Mutter, Vater, Oma, Opa, der Partner oder man selbst bedarf irgendwann der Pflege. Was erwartet uns dann? Gestresste Menschen, die zwar redlich versuchen, einem das Leben so schön wie möglich zu gestalten, aber kaum noch Luft nach oben haben, weil es nie reicht? Die zu wenig verdienen, um sich die Berufung Pflege noch leisten zu können? Bekommt man irgendwann überhaupt noch Hilfe, wenn Betten nicht belegt werden oder keine Termine für die Hauskrankenpflege mehr offen sind, weil es einfach niemanden mehr gibt, der fundiert pflegen kann? Wird dann nur noch dem geholfen, der am meisten zahlt?

#Ich bleib' daheim!

Um dem Papa oder der Mama den Wunsch zu erfüllen, in den

eigenen vier Wänden zu bleiben, setzen viele Verwandte auf mobile Pflegedienste, bis hin zur 24-Stunden-Betreuung. Obwohl diese beiden Formen schon bisher vom Zugriff auf persönliches Vermögen verschont geblieben sind (Pflegerest), sind die Tarife sehr hoch, und für eine 24-Stunden-Betreuung muss zusätzlich auch noch der Platz für den Betreuer vorhanden sein. Hier wäre es sicherlich zielführend, massiv zu investieren und leistbare Kostensätze zu schaffen. Es braucht dringend ein Gesamtkonzept, denn die Realität hat mittlerweile schon fast jede düstere Zukunftsprognose eingeholt, und trotzdem wird immer noch gezögert oder an Insellösungen gearbeitet. Pflegenden Angehörige, mobile Pflegedienste und 24-Stunden-Pflege zu reformieren, würde die Bettenknappheit und den Druck auf die Heime reduzieren und es wären durch die Angehörigen verfügbare Ressourcen geschaffen.



WIE VIEL PFLEGE BRAUCHT DIE PFLEGE?

#Ab ins Heim!

Nachdem es organisatorisch, finanziell oder krankheitsbedingt nicht mehr möglich ist, zu Hause gepflegt zu werden, wird händeringend ein Platz in einem Senioren- oder Pflegeheim gesucht. Ein Zimmer ist oft schwer zu ergattern und die Wartelisten sind im Akutfall immer lang. Trotzdem soll das zukünftige Heim neu, familiär, hell, traditionell sein und sich natürlich in der Nähe des ehemaligen Wohnorts befinden. Die Pflegekräfte sollten gut ausgebildet, freundlich, bemüht, ohne Nerven und mit viel Zeit ausgestattet sein, perfekt an die Ansprüche jedes Einzelnen angepasst. Groß ist das Entsetzen, wenn man den Platz auf der Warteliste entdeckt sowie Mühe und Not hat, den Angehörigen überhaupt irgendwo unterzubringen. Der Ruf nach mehr Betten wird immer lauter, doch wer soll das bezahlen?

Ein Tag in einem von einer Gemeinde, einer Stadt oder dem Land geführten Pflegeheim kos-

tet 2018 pro Person 29,75 Euro. Darin sind fünf Mahlzeiten, der Wohnraum in der Kategorie A, Handtücher, Bettwäsche und meistens auch noch das Waschen der Leibwäsche enthalten. Dazu wird noch eine Pflegegebühr in den Einrichtungen eingehoben, von der noch das Personal, die teuren Geräte wie Pflegelifter, Hebebadewannen oder die Heimausstattung, Lebensmittel und vieles mehr zu bezahlen sind. Dass sich das für die Heime nicht ausgeht, braucht keine große Rechenkunst.

Nun ist auch der Pflegerest gefallen. Auf privates Vermögen wird nicht mehr zugegriffen. Eine an und für sich gute Sache, da hier soziale Ungerechtigkeiten ausgemerzt wurden, aber wenig durchdacht, müssen doch die Länder damit rechnen, dass mindestens an die 500 bis 600 Millionen Euro jährlich mehr für die Pflege aufgewendet werden müssen. Die Gemeinden, die Länder und der Bund spielen einander nun den Ball zu, es wird gefeilscht ohne Ende,

denn niemand hat wirklich eine Idee, wo das Geld herkommen soll. Derzeit tragen vor allem die Gemeinden die hohen Abgänge der Seniorenheime, waren in den Pflegerestabschaffungsprozess auch nicht eingebunden und fordern natürlich eine Lösung von den Verantwortlichen.

#Ene, mene, muh und schuld bist du!

Handlungsmöglichkeiten liegen hauptsächlich bei der Politik. Es reicht nicht, wenn Politiker sich durch Seniorenheime kämpfen und sich bei einem Kopftäscheln mit einem Bewohner fotografieren lassen, den gestressten Mitarbeiter/innen blumige Versprechungen zu Verbesserungen der Situation machen und dann zum nächsten Fototermin davoneilen – um nie wieder gehört oder gesehen zu werden.

Es reicht nicht, wenn Bund und Land sich gegenseitig die Schuld an der Misere zuschieben, wie man es in letzter Zeit des Öfteren in den Medien gehört hat.

Es wäre zielführender gewesen, zuerst die Personalsituation zu klären und zu verbessern, bevor man etwas verändert, das durchaus noch Zeit gehabt hätte. Die sichtbare Spitze des Eisbergs (Pflegereregress) wurde mit Freude im Nationalrat beseitigt, der restliche Berg muss noch warten, ist im Grunde genommen aber noch gefährlicher.

Der Politik alleine die Schuld zu geben, wäre aber zu einfach. Für notwendige Änderungen sind daher alle verantwortlich. Auch die große Berufsgruppe Pflege darf sich ruhig selbst wehren. Würde sich der „Riese“ Pflege bewegen, könnte sehr vieles gemeinsam erreicht werden. Es braucht passende Ausbildungsplätze, die den Beruf attraktiv machen. Zusätzlich ist dringend an der Bezahlung und am Image des Begriffs „Pflege“ zu arbeiten.

Auch die Gesetze gehören geändert. Eine Pflegeperson verbringt immer weniger Zeit beim Pflegenden, weil sie zum Aktenpfleger mutiert. Gesetze gehören angepasst und eventuell vereinfacht, wenn sie dem Alltag die Luft nehmen.

Obwohl jeder Einzelne von uns betroffen ist, scheint es, dass uns nichts anderes übrig bleibt, als wirklich auf den Retter aus dem Märchen zu warten, denn noch sieht es, bis auf einige oberflächliche Schönheitskorrekturen, nicht nach einer grundlegenden Veränderung aus.

Mag die Zukunft auch düster klingen, so gibt es doch Hoffnung. Diese besteht allerdings vorwiegend durch Menschen, die sich von den negativen Schlagzeilen, die man über die Pflege hört und liest, nicht

entmutigen lassen. Die noch durchhalten und ihr Bestes geben, um den Menschen in ihrer Obhut Mut, Wärme, Zuneigung und Stabilität zu geben. Keine noch so gute und effiziente Maschine kann diese Leute jemals ersetzen. Darum heißt es, sie zu halten, sie zu motivieren, sie zu unterstützen, sie zum Bleiben zu bewegen. Und es heißt auch, all die Vielen zu suchen, die sich eventuell im In- und Ausland doch für diesen Beruf entscheiden würden, wenn die Umstände passen. Die dir, mir und allen anderen im Alter Sonne schenken, ein Zuhause bereiten und helfen, ohne dabei selbst an ihrer Berufung zugrunde zu gehen. Schaffen wir diese Voraussetzungen, bevor es zu spät ist.

#Jetzt!



WIE VIEL PFLEGE BRAUCHT DIE PFLEGE?



Michaela Höfelsauer, 52,

ist verheiratet und Mutter zweier Töchter. Derzeit übt sie das Amt der Bürgermeisterin in Lend aus, wo sie auch das örtliche Seniorenheim leitet.



Dr. Artur Wechselberger
Präsident der Ärztekammer für Tirol

LANDÄRZTEMANGEL & BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN

Österreich leidet derzeit generell unter einem zumindest relativen Ärztemangel. Relativ deshalb, weil wir statistisch betrachtet die zweithöchste Ärztedichte aller OECD-Staaten aufweisen. Ein Wert, der allerdings denen nicht hilft, die medizinische Versorgung brauchen und sie nicht in annehmbarer räumlicher und zeitlicher Entfernung und in für sie passender Qualität finden. Versorgungsdefizite, die mittlerweile nicht nur ländliche Regionen, sondern auch den kleinstädtischen Bereich treffen.

Der Ärztemangel wird besonders dort als schwerwiegend empfunden, wo die Ärztedichte generell dünn ist und im jeweiligen Fachgebiet zu wenige Ärzte niedergelassen sind, um den Wegfall auch nur eines Arztes einigermaßen kompensieren zu können. Dies trifft häufig auf die ländlichen Regionen zu. Als Landärzte werden Ärztinnen und Ärzte bezeichnet, die eine Kassenarztordination in einer Gemeinde führen, die maximal 3.000 Einwohner hat und in der es nicht

mehr als zwei Allgemeinmediziner mit Kassenverträgen gibt. Eine Versorgungslage, wie sie immerhin für fast 30 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher zutrifft. 35 Prozent aller niedergelassenen Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner mit Verträgen mit den Gebietskrankenkassen stellen dort die medizinische Basisversorgung sicher.

Die letzten großflächigen Versorgungsprobleme in ländlichen Regionen hatten wir vor etwa 40 Jahren. Als Erstmaßnahme dagegen übernahm damals der Bund unter Gesundheitsministerin Dr. Ingrid Leodolter für einige Zeit die Finanzierung von Ausbildungsstellen in den Krankenhäusern. Im Gegenzug mussten sich die so subventionierten Turnusärztinnen und Turnusärzte verpflichten, nach Abschluss der Ausbildung als Ärzte aufs Land zu gehen. Langfristig wurde, um auf die Krankenhäuser Druck auszuüben, Ausbildungsstellen für Allgemeinmediziner zu schaffen, der sogenannte Betten-

schlüssel gesetzlich eingeführt. Er verpflichtete die Krankenhäuser, pro 15 systemisierten Betten einen Hausarzt auszubilden.

Viele Landärztinnen und Landärzte aus dieser Generation sind jetzt im Pensionsalter oder stehen kurz davor. Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird etwa die Hälfte der Landärzte pensionsbedingt ausscheiden. Diese Stellen gilt es zu besetzen.

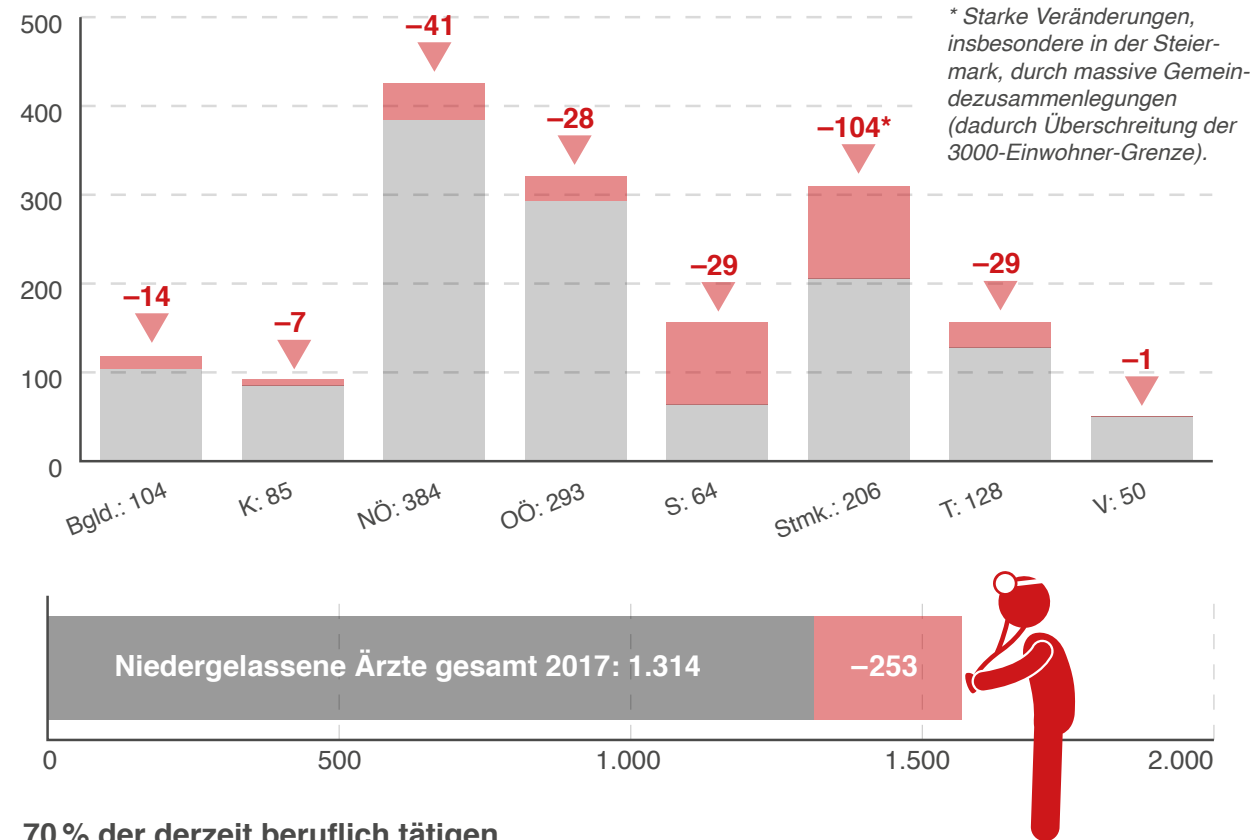
Einer erfolgreichen und nahtlosen Nachbesetzung stehen allerdings viele Hindernisse im Wege.

Immer weniger Bewerber überlegen immer länger

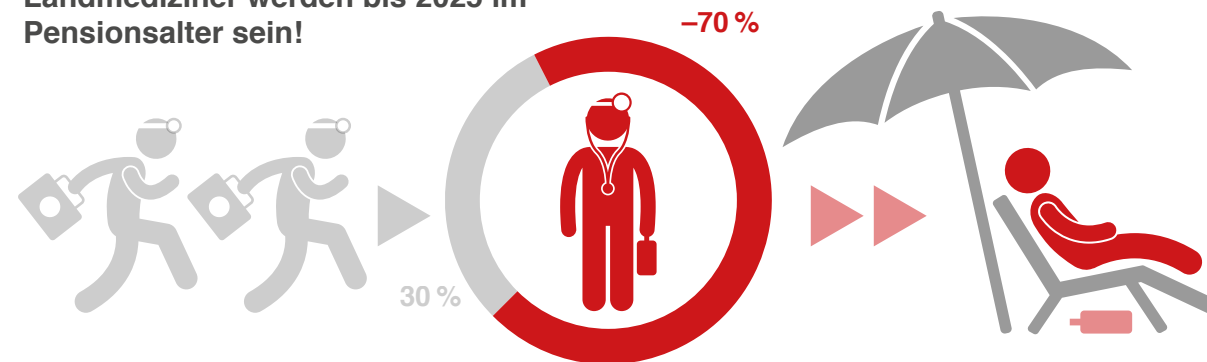
Immer weniger Jungmediziner bewerben sich um Landarztstellen, und von diesen springen immer mehr ab, sobald sie sich ein Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen am ausgeschriebenen Standort gemacht haben. Das liegt häufig allein schon daran, dass junge Menschen, die in der Stadt studiert

Die Landärzte-Problematik in Zahlen

Rückgang Niedergelassener Ärzte 2013 – 2017



70 % der derzeit beruflich tätigen Landmediziner werden bis 2025 im Pensionsalter sein!



LANDÄRZTEMANGEL & BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN

und die Vorteile des urbanen Lebens kennengelernt sowie sich dort in der Studienzeit und in der Zeit der postpromotionellen Ausbildung sozial integriert haben, ungern eine für sie weitgehend unbekannte Tätigkeit als Landärztin oder Landarzt aufnehmen wollen.

Auch hat sich das Geschlechterverhältnis innerhalb der Ärzteschaft massiv verändert. Waren vor 40 Jahren in der Allgemeinmedizin nicht einmal 25 Prozent Ärztinnen, so sind es heute mehr als 60 Prozent, die als frisch ausgebildete Allgemeinmedizinerinnen die Krankenhäuser verlassen. Und die erwarten sich zumeist andere Voraussetzungen für ihre berufliche Zukunft wie ihre mehrheitlich männliche Vorgängergeneration. Wünsche nach geregelten Arbeitszeiten, Arbeitnehmer- und Mutterschutz, Teilzeitmöglichkeiten und Teamarbeit als angestellte Ärzte/Ärztinnen konkurrieren mit den Erfordernissen einer Landarzt-tätigkeit.

Dort sind es das Investitions- und Betriebsrisiko des Kleinbetriebes „Praxis“, die zeitliche Verfügbarkeit oft weit über die normalen Arbeitszeiten hinaus und die alleinige medizinische Entscheidungsverantwortung in einem oft nur vage vorstellbaren Arbeitsbereich. Ganz zu schweigen von der persönlichen Lebensgestaltung am Land und den Unterschieden zum städtischen Umfeld. Umstände, die auch oft männliche Kollegen von einer Niederlassung als Landarzt abhalten. Schließlich gleichen sich die Vorstellungen in den Lebensentwürfen innerhalb der nachrückenden Generation bei beiden Geschlechtern.

Große Aufgabenvielfalt

Viele Interessenten schreckt die Vielfalt der Aufgaben eines Landarztes ab. Das medizinische Leistungsspektrum eines Landarztes ist in der Regel deutlich größer als das eines Allgemeinmediziners in der Stadt, wo Fachärzte und Krankenhausambulanzen in nächster Nähe

zur Verfügung stehen. Ein Landarzt führt zumeist kleine chirurgische Eingriffe selbst durch oder versorgt sogar Knochenbrüche. Die dafür nötige Ausstattung, wie etwa ein Eingriffsraum oder ein Röntgengerät, muss angeschafft und gewartet werden. Das heißt: Wer eine Praxis auf dem Land übernimmt, hat mit größeren Investitions- und Wartungskosten zu rechnen als in der Stadt. Dazu kommen Vertretungs- und Personalkosten sowie Ausgaben für Fortbildung.

Doch nicht nur die Kosten sind es. Die Aufgabenvielfalt setzt auch ein hohes Maß an Organisationstalent und Management voraus. Schließlich gilt es, neben der regulären Ordinations- und Hausbesuchstätigkeit die Erreichbarkeit und die Bereitschaftsdienste zu organisieren und zu leisten, bei Feuerwehr und Rettung ehrenamtlich mitzuwirken oder als beratendes Organ der Gemeinde, als Arzt in Schulen und Kindergärten zur Verfügung zu stehen. Eine Vielfalt, die für viele Allgemein-



LANDÄRZTEMANGEL & BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN

medizinerinnen und Allgemeinmediziner nicht erstrebenswert erscheint oder für die sie sich oft nicht entsprechend vorbereitet sehen. Die nach wie vor sehr krankenhaushastige Ausbildung kann diese Fülle der notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten nicht vermitteln. Zudem geben viele Absolventen des Medizinstudiums lieber dem verlockenden Angebot einer Facharztausbildung den Vorzug, als sich auf das Abenteuer des für sie unbekanntes Fachbereiches Allgemeinmedizin einzulassen.

Die fehlende Information über den hohen Wert der Primärversorgung als Basis jedes Gesundheitssystems ist letztlich auch Hauptgrund für das Imageproblem der Allgemeinmedizin. Dieses begleitet die Jungärzte oft schon in ihrer Ausbildungszeit und äußert sich in einer mangelnden fachlichen Zuwendung der Ausbilder und in einer fehlenden Unterstützung durch die Dienstgeber.

Bewältigungsstrategien

So vielfältig wie die Ursachen sind auch die Lösungsansätze. Die Gemeinden müssen sich im Klaren sein, dass sie sich in einem Wettbewerb mit vielen Mitbewerbern befinden. Ein Wettbewerb, der im Studium beginnt. Schon hier gilt es, Interesse für den Beruf des Landarztes zu wecken. Es muss die Gelegenheit genutzt werden, im Rahmen des klinisch-praktischen Jahres Studenten in eine Landarztpraxis zu bringen und für den Landarztberuf zu begeistern. Darauf folgt die Ausbildung in den Spitälern. Hier liegt eine der größten Chancen für die Gemeinden, ihr Zukunftsproblem aktiv anzugehen. Egal, ob als entscheidende Mitglieder eines Krankenhausverbandes oder als Zahler in eine Landesholding haben sie es dort in der Hand, den Nachwuchs zu steuern.

Derzeit werden zu wenige Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner ausgebildet. Zudem wechselt von der ohne-

hin geringen Zahl noch etwa ein Viertel von der Allgemeinmedizin in eine Sonderfachausbildung. Letztlich als Folge einer hausinternen Abwerbung potenzieller Landärzte. Auf der anderen Seite sträuben sich viele Krankenhäuser, ihren Stellenplan aufzustocken, um mehr Ärzten die Basisausbildung und in der Folge die allgemeinmedizinische Ausbildung zu ermöglichen. Auf den Punkt gebracht, weisen die Häuser, deren Träger auch für die landärztliche Versorgung zuständig wären, potenzielle Landarztinteressenten ab. Bestenfalls setzen sie Stellensuchende auf Wartelisten, anstatt alles zu unternehmen, um sie rasch anzustellen, für die Landarztstätigkeit auszubilden, in der Suche nach einer Lehrpraxis am Land zu unterstützen und sie zu motivieren, aufs Land zu gehen.

Dort gilt es, Ärztinnen und Ärzten die Ängste vor der Praxisgründung oder -übernahme zu nehmen und die Hindernisse wegzuräumen, die einer Niederlassung entgegenstehen.

Dazu gehört etwa die Unterstützung bei der Organisation von Ordinations- und Wohnraum bis hin zur Hilfestellung in der Kinderbetreuung. Hilfen, zu denen primär die Gemeinden aufgefordert sind. An der Bundespolitik läge es, den Erhalt der ärztlichen Hausapotheken sicherzustellen und einen Ausbau zuzulassen.

Auch Verbesserungen in der allgemeinmedizinischen Ausbildung und die Schaffung eines Facharztes für Allgemeinmedizin oder die Liberalisierung der Zusammenarbeitsmöglichkeiten sind Bundeskompetenz. Vor großen Herausforderungen stehen ebenso die Länder, Krankenkassen und die Ärztekammern. Die Reduktion der Belastung durch Bereitschaftsdienste, die Organisation und Honorierung der sanitätspolizeilichen Aufgaben wie auch des Schularztwesens und eine zeitgemäße Ausgestaltung

der Kassenverträge – besonders im Leistungs- und Honorarbereich, aber auch die Administration und Bürokratie betreffend – sind wesentlich zur Steigerung der Attraktivität des Landarztberufs. Denn gerade am Land bedroht die generelle Krise der sozialen Krankenversorgung, die unattraktive Kassenverträge zu Ladenhütern werden lässt, die ärztliche Versorgung.

Letztlich werden auch die Primärversorgungseinheiten, die von vielen als das Allheilmittel zur Verbesserung der Versorgung angepriesen werden, das Landarztproblem nicht lösen. Sie könnten allerdings dann Verbesserungen bringen, wenn sie die bisher zumeist informellen Netzwerke der Hausärzte unterstützen und in der Organisation stärken. Freiwillige, informelle Netzwerke werden derzeit schon in den meisten Regionen Öster-

reichs von den niedergelassenen Ärzten betrieben, um die Erreichbarkeit ärztlicher Hilfe sicherzustellen.

Unterstützungsbedarf besteht in der verbindlichen Einbindung nichtärztlicher Berufsgruppen, der Verbreiterung des ärztlichen Leistungsangebotes und in der Entlastung von organisatorischen und bürokratischen Aufgaben sowie in der Stärkung der wirtschaftlichen Basis.

Die Akzeptanz und der Erfolg von Primärversorgungseinheiten werden von der Attraktivität der Arbeits- und Lebensbedingungen, die sie Ärztinnen und Ärzten bieten, abhängen. Die Attraktivität des Angebotes ist generell ausschlaggebend dafür, sich in ländlichen Gegenden niederzulassen. Dies gilt für die landärztliche Einzelpraxis ebenso wie für die Primärversorgungseinheit.

LANDÄRZTEMANGEL & BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN



Artur Wechselberger, 65,

ist Arzt für Allgemeinmedizin, Gesundheitswissenschaftler und ärztlicher Standesvertreter. Er ist seit 1990 Präsident der Ärztekammer für Tirol. Von 2007 bis 2012 war er erster Vizepräsident, von 2012 bis 2017 Präsident der Österreichischen Ärztekammer.



Monika Langthaler

Ehemalige Politikerin der Grünen, Direktorin von R.20 und Veranstalterin des Austrian World Summit

Harry Gatterer

Geschäftsführer des Zukunftsinstituts & Experte für „New Living“

INTERVIEW MIT MONIKA LANGTHALER & HARRY GATTERER: **WIE VIEL URBANITÄT BRAUCHT DER LÄNDLICHE RAUM?**

Rund zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher leben im ländlichen Raum oder im suburbanen Raum mit ländlichem Charakter. Bis 2030 werden mindestens zehn Prozent dieser Menschen diesen Raum verlassen.

Laut dem Österreichischen Gemeindebund verliert der ländliche Raum jährlich 5.000 gut ausgebildete Personen an die urbanen Großräume wie Wien. Vor allem junge Frauen verlassen die ländlichen Regionen.

Lässt sich dieser Trend noch aufhalten? Wenn ja: Mit welchen Mitteln? Braucht der ländliche Raum mehr Urbanität? Wie viel davon? Dazu sprach Wolfgang Unterhuber, nationaler Chefredakteur der Regionalmedien Austria, mit der Unternehmerin und ehemaligen Politikerin Monika Langthaler sowie mit dem Zukunfts- und Trendforscher Harry Gatterer.

Ist das Land Idylle?

Monika Langthaler: Für mich nicht per se. Land ist ja nicht gleich Land. Ich wohne jetzt im

Weinviertel. In Asparn an der Zaya. Das ist schon so richtig Land. Aber unter Landleben, verbunden mit Idylle, versteht sicher jeder Mensch etwas anderes. Wenn ich Land mit der Natur verbinde, mit dem haptischen Bezug zu Boden, Gras, Erde, Holz, dann ist das für mich persönlich ein herrlicher Ausgleich zu meinem Beruf, bei dem ich ständig Kopfarbeit leisten muss. Da ist das Land für mich schon ein Ort der Idylle, wo man zur Ruhe kommen kann.

Harry Gatterer: Ich kann mich da fast anschließen. In der Ästhetik und in der Wahrnehmung ist das Land unweigerlich mit Erdung und Runterkommen verbunden. Im Gegensatz zum Urbanen mit seiner Hektik und dem Stress. Ob das tatsächlich am Ende auch so ist, das ist die andere Frage. Das Land kann auch das Gegenteil von idyllisch sein. Wenn man einfach nicht reinkommt, nicht dazugehört, nicht dabei ist, dann ist die schönste Umgebung vielleicht gar nicht mehr so idyllisch.

Langthaler: Das sehe ich ähnlich. Die Vorstellung, die das Land mit sozialer Idylle verbindet, stimmt mit der Realität oft nicht überein.

Frau Langthaler, Sie sind im niederösterreichischen Wilhelmsburg aufgewachsen. Warum sind Sie von dort weg?

Langthaler: Natürlich wegen des Studiums in Wien. Aber ich bin auch mit einem gewissen Enthusiasmus sozusagen in die Stadt geflüchtet. Denn damals wie heute existieren am Land oft auch Vorurteile, Engstirnigkeit, Kleinheit und sogar zuweilen Bosheit innerhalb der Dorfgemeinschaft. Ich sehe bei vielen Jugendlichen, dass sie deshalb das Land verlassen. Die urbane Welt soll man sicher auch nicht glorifizieren, aber viele junge Menschen wollen Vielfalt, Buntheit und Offenheit erleben.

Ist eine Ursache für die Abwanderung nicht auch die Ausdünnung der Infrastruktur? In der jüngsten Vergangenheit wurden



ja jede Menge Postämter, Polizeidienststellen oder Gerichte geschlossen.

Langthaler: Ich würde nicht wegen einem geschlossenen Postamt oder einer geschlossenen Polizeidienststelle in die Stadt ziehen.

Gatterer: Man geht in eine Stadt, weil natürlich der Möglichkeitsraum da größer ist. Die vermeintliche Idylle, das Häuschen mit Garten irgendwo am Land, ist vielleicht dann doch nicht so idyllisch, weil damit Möglichkeiten eingeschränkt sind. Möglichkeiten im Sinne von Menschen treffen, einen Job haben, kulturelle Vielfalt erleben. Man muss aber in der Kategorisierung Stadt versus Land vorsichtig sein und sollte nicht in ein Schwarz-Weiß-Schema fallen.

Inwiefern?

Gatterer: Ich komme ursprünglich aus Niederndorf in Tirol. Die nächste Stadt nebenan ist Kufstein. Wenn man diesen ganzen Raum nimmt, Wörgl, Kuf-

stein bis nach Rosenheim und schlussendlich München, dann ist da nicht mehr nur Land. Das ist im Grunde schon eine brutale Verkehrsverdichtung und eigentlich ein sehr dichter Raum. Man braucht sich dazu dann nur noch die Grundstückspreise anzusehen. Das ist nicht mehr das idyllische Land, sondern eine hybride Form. Ich glaube, dass die meisten Menschen in so einer Art Hybrid leben, die nicht Großstadt ist, aber eben auch nicht mehr Dorf.

Da stellt sich die Frage: Was ist dann eigentlich Urbanität?

Langthaler: Ein offener Raum. Ein Raum, wo man neue Chancen entwickeln kann, weil es die entsprechenden Möglichkeiten gibt.

Also macht Stadtluft noch immer irgendwie frei?

Gatterer: Die Stadt repräsentiert eine Geisteshaltung. Das beginnt bei den Stadtmauern, die ja lange vor Christus schon errichtet wurden. Manchmal

waren diese Mauern ziemlich massiv. Und manchmal gab es sogar zwei Mauern. Ohne einen Feind weit und breit übrigens. Warum dann die Mauern? Weil man die Bürger, die innerhalb dieser Mauern gelebt haben, vergemeinschaftet hat. Die Mauern dienten also nicht nur der Abwehr, sondern auch dem Selbstverständnis nach innen. In dieser Tradition haben sich die Städte später weiterentwickelt.

Und was ist die Stadt im 21. Jahrhundert?

Gatterer: Die Verdichtung von Möglichkeiten, das ist die Urbanität. Städte greifen dabei heute oft auf die Mechanik des Dorfes zurück. Die Idee des Dörflichen mit den Märkten und Kulturzentren wird in die Stadt geholt. Weil die Stadtmenschen im 21. Jahrhundert Entspannung brauchen, um die urbane Verdichtung von Möglichkeiten ausleben zu können. Umgekehrt kann das Land genau davon profitieren, indem diese Verdichtung von Möglichkeiten imitiert wird.

Womit wir beim Kern sind. Also: Wie viel Urbanität braucht das Land?

Langthaler: Wenn wir von offenen Räumen, Vielfalt und Möglichkeiten sprechen, dann braucht der ländliche Raum sehr viel davon. Dazu gehören aber auch neue Rollenverständnisse. Wenn die Politik will, dass die jungen Leute im ländlichen Raum bleiben, dann muss sie diesen Raum attraktiv gestalten. Dazu gehört etwa das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Frauen. Dazu braucht es Kinderbetreuungseinheiten, die länger als bis 13.00 Uhr offen haben. Und zwar flächendeckend. Darüber diskutieren wir ja schon seit über 30 Jahren.

Aber damit allein ist es nicht getan ...

Langthaler: Natürlich nicht. Es braucht auch bunte vielfältige Kultureinrichtungen, verbunden mit einer attraktiven Gastronomie. Viel schlimmer als geschlossene Postämter sind Wirte, die

zugesperrt haben, weil damit die Orte der Begegnung wegfallen. Ich würde mir wünschen, dass es in jedem Dorf ein Kulturzentrum mit einer bunten Gastronomie gibt und eine ganztägige Kinderbetreuungseinrichtung. Das wäre ein Quantensprung.

Gatterer: Ich habe unlängst einen Bürgermeister getroffen, der sinngemäß zum Thema Kinderbetreuung gemeint hat, dass bei geschlossenen Kindergärten im Sommer die Frauen so wie früher halt daheimbleiben sollen. Da muss ich sagen: „Danke und auf Wiedersehen.“

In diesem Ort wird nichts passieren?

Gatterer. Ja, leider. Es gibt aber auch das, was ich die progressive Provinz nenne. Also Bürgermeister, die eine starke Idee haben und wahnsinnig viel bewegen. Ich erlebe das in meiner Heimatregion etwa in Kufstein oder in meiner Heimatgemeinde Niederndorf, wo regionale Erzeuger von Käse, Wurst und

so weiter gemeinsam ein sogenanntes Foodlabor entwickeln. Dort handeln Verantwortliche, die einen offenen Geist haben, Menschen, die nicht protektionistisch und vermeintlich traditionell agieren. Denn dieses vermeintlich Traditionelle ist meistens nur eine Verhinderung von etwas. Wahrhaftige Tradition hat immer mit Transformation im Sinne von Weiterentwicklung auf Basis starker Wurzeln zu tun.

Langthaler: Ich sehe das auch in meiner Region. Es gibt da wirklich ein paar sehr progressive Bürgermeister. Einer davon, der Bürgermeister von Ernstbrunn, wurde im Vorjahr zum Bürgermeister des Jahres gewählt. Aber leider gibt es auch noch immer Bürgermeister, die stolz darauf sind, wenn sie Feldwege zubetonieren oder neue Parkplätze eröffnen. Das ist nicht die Urbanität, die der ländliche Raum benötigt. Diese Gemeinden werden die Verlierer sein.

Wenn ich Ihnen so zuhöre, dann hängt die Zukunft des ländli-



chen Raums von den Bürgermeistern ab.

Gatterer: Total. Von wem sonst? Nur die Bürgermeister und ihre Teams können Tradition in Transformation umwandeln. Dazu haben sie einen entsprechenden Gestaltungsspielraum.

Und die Wirtschaft?

Gatterer: Natürlich kann man auf Unternehmer warten, die regional investieren und so weiter. Nur: Der Unternehmer muss ein Geschäft machen, was per se ja nicht schlecht ist. Der Bürgermeister aber muss seine Gemeinde nachhaltig weiterentwickeln.

Ich kenne ein paar Bürgermeister, die jetzt sagen würden, dass da ein paar Ahnungslose diskutieren: Denn in Wahrheit sei für all das kein Geld da.

Langthaler: Ich kann als Ahnungslose (lacht) nur sagen, dass das Geld da ist. Es kommt nur darauf an, wofür ich es ver-

wende. Für einen neuen Parkplatz um 200.000 Euro, der 20 Autos fasst, oder für eine Ganztags-Kinderbetreuung. In Ernstbrunn wurde zur Steigerung der örtlichen Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger der Mobilitätsverein „Ernsti-Mobil“ gegründet. Das ist ein Shuttleservice für ältere Menschen, weil es da nicht wie in der Großstadt öffentliche Verkehrsmittel im Minutentakt gibt. Und die Autos sind E-Autos. Da wird Elektromobilität also mit einem sozialen Dienst verbunden.

Klingt sehr innovativ.

Langthaler: Ja. Das ist Urbanität, die das Land braucht. Ich verstehe, ehrlich gesagt, auch nicht, warum es am Land nicht coole Senioren-Wohngemeinschaften gibt. Viele ältere Menschen, meist Frauen, leben einsam und allein. Ich denke, da gäbe es sicher kostengünstige und kreative Lösungen, wie man einen gemeinsamen Wohnraum für diese Menschen schafft.

Gatterer: Ich würde als Besserwisser (lacht) noch gerne etwas zum Geld sagen. In Österreich ist Geld grundsätzlich vorhanden. Es geht nur darum, wie wir es einsetzen. Das angeblich fehlende Geld ist das typisch gelernte Argument, wenn man Transformation nicht stattfinden lassen will. Denn es gibt immer kreative neue Lösungen.

Aber der Bürgermeister-Job ist nicht immer nur lustig.

Gatterer: Das ist völlig klar. Deshalb ist es ja so wichtig, dass diesen Job Menschen machen, die Motivatoren der Transformation sind. Ich glaube, dass Transformation auf nationaler Ebene viel schwieriger ist als auf regionaler und lokaler Ebene.

Wie wichtig ist die Digitalisierung für den ländlichen Raum?

Langthaler: Ich glaube, dass Digitalisierung wichtig ist. Aber die Zukunft des ländlichen Raumes nur an der Digitalisierung festzumachen, hielte ich auch für

falsch. Es ist ein wichtiges Tool, aber nicht das ausschließliche.

Gatterer: Richtig. Ohne geht es nicht, aber das alleine macht es nicht aus. Wie beim erwähnten Foodlabor. Das lebt nicht von der Digitalisierung, aber ohne Internet wird es nicht mehr gehen.

Wie sehr braucht der ländliche Raum flexible Lebens- und Arbeitswelten?

Langthaler: Wenn wir junge Menschen im ländlichen Raum halten wollen, dann müssen wir ihnen auch den Raum für kreatives Unternehmertum bieten, von dem letztendlich auch die Mitarbeiter profitieren. Flexible Arbeitszeiten gehören da längst dazu. Diese Flexibilität im Denken und im Umgang miteinander zeigt sich im ländlichen Raum in eindrucksvoller Weise gerade in der enormen ehrenamtlichen und freiwilligen Arbeit.

Kommen wir zum Schluss: Wie lautet Ihr Fazit?

Langthaler: Wenn man Urbanität als die Möglichkeit sieht, Chancen zu entwickeln, Freiräume zu bieten, Vielfalt zu ermöglichen, dann braucht es ganz viel Urbanität für den ländlichen Raum. Für mich ist Urbanität nicht, dass ich betoniere und alles verstärkere im Sinne von baulicher Veränderung, sondern Urbanität heißt Freiräume schaffen und Möglichkeiten eröffnen.

Gatterer: Im Sinne der Verdichtung der Möglichkeiten braucht es Urbanität in der Region unbedingt. Im Sinne dessen aber, wie es ausgelebt wird, darf Urbanität im ländlichen Raum sehr eigenständig, sehr ländlich und sehr progressiv sein. Eben so, wie diese Urbanität in die Region passt. Es muss nicht ein Hochhaus gebaut werden, um urban zu sein. Es geht um eine Geisteshaltung. Es geht um eine Idee, voranzuschreiten und Urbanität als eine Verdichtung von Möglichkeiten zu verstehen, aus der etwas entsteht.

Ich danke für das Gespräch!



Wolfgang Unterhuber, 54,

studierte Geschichte in Graz. Seit 1993 ist Unterhuber Journalist – davon acht Jahre (2004 bis 2012) als Chefredakteur der Tageszeitung WirtschaftsBlatt. Von 2012 bis 2014 war Unterhuber redaktioneller Projektleiter für Sonderausgaben der Media-print sowie Repräsentant der Tiroler Moser Holding für Ost-Österreich. Seit 2015 ist Unterhuber nationaler Chefredakteur der Regionalmedien Austria AG. Zudem ist Unterhuber als Buchautor tätig.



Mag. Iris Thalbauer
Geschäftsführerin der
Bundessparte Handel der WKÖ

LESEN SIE DAS NICHT!

Sehr geehrte Damen und Herren, sehen Sie mir den Titel „Lesen Sie das NICHT!“ bitte nach. Aber: Er wirkt, und Sie lesen diese Ausführungen ja doch. Sie werden es jedenfalls nicht bereuen.

I.) Totgesagte leben länger!

Ich möchte zuallererst – gemeinsam mit dem Schweizer Journalisten (und Mitinhaber eines Männermode-Geschäfts) Jeroen van Rooijen – „eine Lanze brechen für den in jüngster Zeit überall nur noch verschmähten und verlachten stationären Einzelhandel, also Boutiquen, Stores, Warenhäuser, Fachgeschäfte. Es ist gerade Mode, diese zu kritisieren und zu verhöhnen. Überall höre und lese ich, dass das ein aussterbendes Geschäftsmodell sei. (...) Ich bin mir da nicht so sicher. Ich wünsche mir eine solche Welt nicht, die nur noch aus Showrooms und Handy-Boutiquen besteht, wo man sich die Hardware zum virtuellen Einkaufsbummel beschafft. Und ich glaube, dass ich

mit diesem Wunsch nicht alleine bin (...). Ich mag gute Läden, und ich gehe gerne in schöne Geschäfte. (...) Läden sind emotionale und kulturelle Begegnungs- und Erlebnisräume. Gute Läden zumindest“, schreibt er. Ich möchte ergänzen: Totgesagte leben länger!

II.) Handel im Wandel: „Digital – sch...ßegal“? Oder doch: „Digital ist nicht egal!“

Tatsache ist jedenfalls: Der Handel – nicht nur in Österreich – steht vor immensen Herausforderungen. Dazu gehören etwa technologische Umwälzungen in immer schnellerer Abfolge, aber auch demografische Entwicklungen sowie ein geändertes Kundenverhalten. Ob stationärer Handel oder Online-Händler: Kunden haben neue Anforderungen, etwa an die Verfügbarkeit von Produkten, die Preisgestaltung sowie die Bestell-/Umtausch-/Rückgabe-Modalitäten.

Die Frage ist: Wie lautet die Antwort darauf? „Digital – sch...ß-

egal“? Oder doch (besser!): „Digital ist nicht egal!“

III.) Gefragt: Das Beste aus beiden Welten

Die Entwicklungen zeigen die Zukunft des Einzelhandels als Multichannel-System, bei dem der Handel das Beste aus beiden Welten verbindet. Heißt: Die Einzelhändlerinnen und -händler bieten ihre Waren sowohl offline als auch online – mit einem eigenen Onlineshop oder über Plattformen – an. Die Kunden schätzen es, sowohl online als auch offline einzukaufen, auch sie wollen das Beste aus beiden Welten – und das nahtlos. Daran arbeitet der Handel:

- Traditionelle Einzelhändler beginnen neben ihrem stationären Geschäft mit dem Online-Verkauf.
- Pure Player – also reine Online-Händler – überlegen umgekehrt, zusätzlich eine physische Präsenz aufzubauen.



LESEN SIE DAS NICHT!

• Ein weiterer Trend geht in Richtung Schaffung von Plattformen, die Einzelhändlern die Möglichkeit des Verkaufs ihrer Artikel in „Online-Einkaufszentren“ bieten.

Die Unternehmer müssen dabei aber keine Einzelkämpfer sein. In Bruck an der Leitha haben sich die Wirtschaftstreibenden mit Unterstützung der Gemeinden ein gemeinsames digitales Schaufenster geschaffen, das sowohl Produkte als auch Dienstleistungen online sichtbar macht. Noch weiter geht es in Neunkirchen. „Neunkirchen. Wo sonst?“ ist ein Wirtschaftsportal, das seit April 2018 Angebote aus der Stadt Neunkirchen online verfügbar macht. Neben Betriebspräsentationen können Sie auch in Angeboten von Betrieben stöbern und Ware online bestellen – abgeholt wird vor Ort.

IV.) Es gibt Unterstützung!

Die Herausforderung vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen im österreichischen

Handel besteht darin, nicht nur Digitalisierungsfelder zu identifizieren, sondern diese auch bestmöglich im Unternehmen umzusetzen. Die Initiative KMU DIGITAL etwa unterstützt die Betriebe dabei, sich mit dem passenden Rüstzeug auszustatten. Ins Leben gerufen wurde sie vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) und von der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Unternehmen können sich auf <https://www.kmudigital.at> zur geförderten Beratung und/oder Schulung aus dem KMU-DIGITAL-Förderprogramm anmelden. Pro Unternehmen werden bis zu 4.000 Euro gefördert.

V.) Aktuell ist jetzt wohl die Zeit, andere Wege zu beschreiten und Neues auszuprobieren

Oft ist in jüngster Zeit davon zu hören, dass es jetzt an der Zeit sei, andere Wege als die bisherigen zu beschreiten und Neues auszuprobieren. Hier sind Beispiele für Tools und Angebote, mit denen etwa die Belebung

von Stadt- und Marktplätzen besser gelingen kann:

VI.) Vier konkrete Beispiele, wie Belebung am Markt- oder Stadtplatz gelingen kann:

a) *Pop-up-Stores oder: Wenn die Zeit reif ist für ein eigenes Geschäft*

Was tun, wenn die Zeit für ein erstes eigenes Geschäft reif ist? Ein (Wein-)Händler in der Favoritenstraße in Wien etwa stellt einen (abgetrennten) Teil seiner Geschäftsräumlichkeiten zur Verfügung, um dort für einen definierten Zeitraum Waren wie etwa Textilien zu verkaufen. Das Angebot existiert mittlerweile bereits seit x Jahren und der Erfolg gibt ihm recht.

Räumlichkeiten für solche temporären Geschäfte, auch Pop-up-Stores genannt, gibt es auch in der oberösterreichischen Stadt Enns: Dort sind mehrere innerstädtische Geschäftsflächen zu Pop-up-Stores umfunktioniert worden. Das Angebot richtet

Onlinehandel im Überblick



der Konsument/innen (16–74 Jahre) nutzen das Internet.



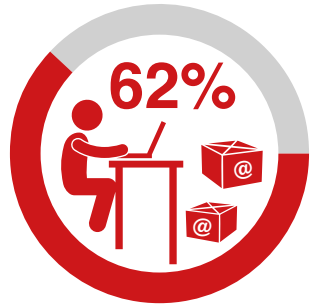
der Österreicher/innen recherchieren im Internet.

Top 3

- 47% Elektrogeräte
- 46% Bekleidung
- 41% Bücher



der Österreicher/innen kaufen Bekleidung im Internet.



der Österreicher/innen shoppen online. (Der EU-Durchschnitt liegt bei 57 %)

2007 3.200 Shops → 2017 9.000 Shops

Die Zahl der österreichischen Online-shops hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht.



1 von 5 Euro werden beim Onlineshopping für Kleidung ausgegeben.

7.000.000.000 €

geben die Österreicher/innen jährlich im Internet-Einzelhandel aus.

2,05 Mio 2008 → 2018 4,1 Mio

Die Zahl der Onlineshopper/innen hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt.

LESEN SIE DAS NICHT!

sich besonders an Neugründer und bietet eine gute Möglichkeit für den Start in die Selbstständigkeit, weil die Unternehmer/innen ihre Geschäftsideen ohne große Investitionen und finanzielles Risiko ein paar Wochen oder Monate testen können.

Derzeit sind insgesamt fünf Geschäftslokale in unterschiedlichen Größen verfügbar. Alle sind bereits mit einer funktionierenden Basis-Geschäftsmöblierung ausgestattet, die im Mietpreis enthalten ist. Zudem werden Projekte über den gesamten Zeitraum mit gezielten Marketingmaßnahmen begleitet – womit die Werbung fürs eigene Geschäft auch zum Teil schon inkludiert ist. Mehr Informationen zum Projekt gibt es auf www.popupstores.at.

b.) Die Verlinkung von digitaler und physischer Welt:

Eine Möglichkeit, Orte, Dörfer, Städte und ihre Angebote in der digitalen Welt vorzustellen, bekannt und auffindbar zu ma-

chen, sind digitale Plattformen wie etwa Foursquare oder Trip-Advisor, aber auch Facebook und Google: Sie präsentieren lokale Geschäfte, Kaffeehäuser, Restaurants, versteckte Plätze und Highlights gemeinsam und zentral.

Die Genannten haben allerdings keinen direkten, regionalen Bezug. Ganz auf diesen lokalen Bezug wiederum setzt die im oberösterreichischen Enns entwickelte Stadtplattform www.SNOOOP.net. Die Vorteile dieser und ähnlicher Angebote: Sie verbinden, was eine Stadt ausmacht, miteinander und stellen es gemeinsam sozusagen auf eine digitale Bühne oder – um in der Sprache des Handels zu bleiben – in die Auslage. Dabei entfällt der Aufwand einer individuellen Programmierung, die Beteiligten können sich voll auf die Inhalte zur Repräsentation der Städte, des Handels, der touristischen Angebote etc. konzentrieren.

c.) Wenn KUNDENBINDUNG großgeschrieben wird

Auch durch sogenannte City-card-Systeme kann die Wirtschaft vor Ort gestärkt und einer Kaufkraftabwanderung in größere Städte oder Einkaufszentren entgegengewirkt werden.

Hier gibt es beispielsweise die Möglichkeit, dass kleinere und mittlere Gemeinden Kundenkarten ausgeben, die dem Kunden die Möglichkeit bieten, bei jedem Einkauf einen gewissen Prozentsatz seiner Einkaufssumme gutgeschrieben zu bekommen und somit beim nächsten Einkauf einlösen zu können.

Ein weiteres beliebtes Instrument der Kundenbindung sind Gutscheinkarten, die von der Gemeinde ausgegeben und in ausgewählten Geschäften eingelöst werden können. Hier drei Best-Practice-Beispiele: nämlich „inside Dornbirn“ und die Hofsteig-Karte aus Vorarlberg sowie die Traun Card aus Oberösterreich.

Auch für klassische Loyalty-Programme – etwa „10+1 gratis“ –, die insbesondere von kleineren Händlern bislang mithilfe von Stempelkarten oder Ähnlichem abgewickelt wurden, existieren mittlerweile digitale Lösungen.

d.) Damit das Geld in der Region bleibt

Viele Gemeinden, Städte und Regionen betreiben eigene Regionalwährungen. Das Ziel dabei ist, Regionen und die regionale Wirtschaft zu stärken, lokale Arbeitsplätze zu sichern und Kooperationen zu fördern.

Eines der ältesten bekannten Beispiele von Regionalwährungen in Österreich stammt aus den 1930er-Jahren: Da führte – mitten in der Weltwirtschaftskrise – der Bürgermeister der Tiroler Gemeinde Wörgl eine eigene Währung ein. Das Besondere an dieser Währung war, dass sie an Wert verlor, wenn man sie nicht ausgab. Das Experiment gelang, die Wörgler Wirtschaft wurde angekurbelt und der örtliche Auf-

schwung ging als „Wunder von Wörgl“ in die Geschichte ein.

Nun wieder in die Gegenwart: Im benachbarten Vorarlberg erfreut sich heutzutage der VTaler als Regionalgeld großer Beliebtheit; eine kleinere Einheit sind die als Dorfwährung konzipierten Langenegger Talente, womit die Vorarlberger Gemeinde 2010 den europäischen Dorferneuerungspreis gewann, für den mutigen Schritt, eine eigene Dorfwährung zur Absicherung des Dorfladens und der lokalen Wirtschaft zu entwickeln.

In Neukirchen an der Vöckla in Oberösterreich wiederum erfreut sich die Gemeindegeld NEUKI seit Jahren großer Beliebtheit. Und last but not least das Regionalgeld EnnsTaler, bei dem mehrere Städte im Ennstal zusammenarbeiten und schon gute Erfolge verzeichnet werden können.

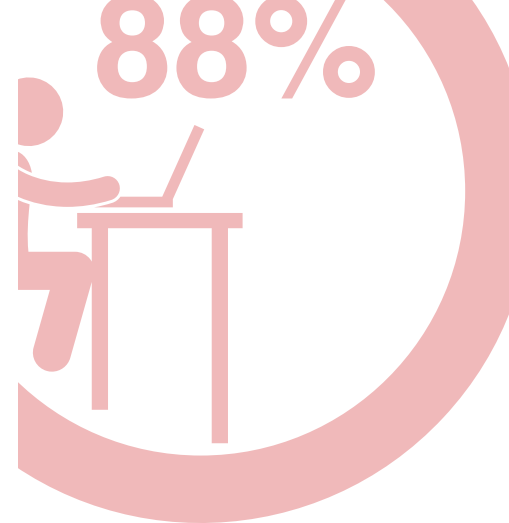
„Wenn die Version zur jeweiligen Stadt oder der Region passt und das Regelwerk exakt darauf ab-

gestimmt ist, dann kann eine Regionalwährung gute Erfolge mit sich bringen“, heißt es aus Expertenkreisen zu Regional-/ Gemeindegeldern und Dorfgeld.

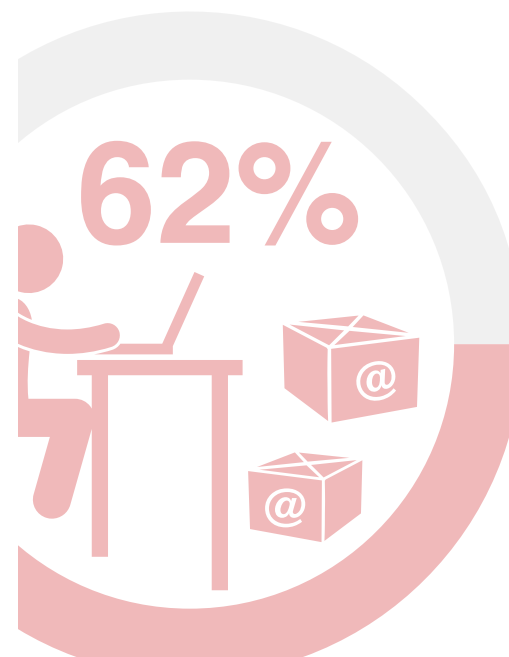
Allerdings – und das soll hier nicht verschwiegen werden – hat das Modell auch Rückschläge zu verzeichnen: Für den „Waldviertler“, eine der bekanntesten Regionalwährungen in Österreich, war nach etwas mehr als zehn Jahren Ende 2016 Schluss – aus Ressourcengründen, wie es heißt. Was doch darauf schließen lässt, dass der „Waldviertler“ durchaus gut angenommen wurde.

VII.) Patentrezept gibt es keines, aber:

Tatsache ist: Patentrezept dafür, wie vor allem die innerstädtische Wirtschaft am Markt- oder Stadt- platz die Chancen, die die Digitalisierung bietet, nutzen kann, gibt es definitiv keines.



Konsument/innen (74 Jahre) nutzen das Internet.



Wichtig wäre, dass ein möglichst großer Teil der Konsumausgaben in den heimischen Handel fließt, denn das führt zu mehr Investitionen und sichert Arbeitsplätze.

Der heimische Handel arbeitet – in Ladengeschäften genauso wie im WWW – daran, die Wünsche seiner Kundinnen und Kunden bestmöglich zu erfüllen. Jetzt sind die Konsumenten am Zug: Sie treffen bei jedem einzelnen Einkauf im Geschäft, mit jedem einzelnen Klick beim Online-Shopping eine Entscheidung. Entscheiden Sie sich für den österreichischen Handel!

LESEN SIE DAS NICHT!



Iris Thalbauer

ist seit 2016 Geschäftsführerin der Bundessparte Handel in der WKÖ. Die Juristin ist bereits seit Ende der 1990er-Jahre in der Wirtschaftskammer Österreich und seit dem Jahr 2000 in der Bundessparte Handel der WKÖ, der Interessenvertretung des österreichischen Handels, tätig. Ihre Schwerpunkte liegen in den Themen Zahlungsverkehr, Steuerrecht und Digitalisierung.



Rainer Handfinger
Bürgermeister von Ober-Grafendorf

OBER-GRAFENDORF: WARUM NICHT (EINFACH) EINFACH?

Die kleine Ortschaft neben St. Pölten ist eigentlich typisch für Niederösterreich. Eine stark befahrene Straße teilt das Dorf fast schon in zwei Hälften, LKWs, oft mehrere hintereinander, donnern durch den Ort. Die Raiffeisenbank gegenüber der Sparkasse, fünf Häuser weiter drüben noch die Volksbank, daneben die verpflichtende Pizzeria, hier Pizza Bella. Gegenüber die Apotheke, daneben das Geschäftslokal der Friseurin. Manchmal streift ein kleiner weißer Hund über den Hauptplatz, um alles anzupinkeln, was er findet. Sonst sieht man hier weit und breit niemanden. Das ist das Zentrum von Ober-Grafendorf.

Warum ist Ober-Grafendorf aber so spannend? Es ist eine Ortschaft wie jede andere, die Leute kennen sich, und selbst wenn sie es nicht tun, grüßen sie sicherheitshalber. Jedes Wochenende gibt es direkt neben der Kirche einen Wochenmarkt, auf dem die Bauern aus der Region ihre Ernte anbieten. Anfang 2017 lebten rund 4.611 Menschen in der

Gemeinde, auch das ist Durchschnitt. Die meisten Ober-Grafendorfer arbeiten im angrenzenden St. Pölten, sie pendeln also. Wohnungen am Ortsende, leere Geschäftslokale, ein Aussterben der Ortsmitte, ein geringeres gesellschaftliches Zusammenleben und ein hoher Anteil an pensionierten Bewohnern. 2016 zogen schon weniger nach Ober-Grafendorf als wegzogen. Kurzum, der Ort hat all die Probleme, die so viele Dörfer in Österreich haben. Hier kommt aber keine Verzweiflung auf. Es werden auch nicht die Augen vor den Problemen verschlossen. Vielmehr gibt es ein Gefühl des Machbaren, das vor allem am Bürgermeister festzumachen ist.

Ober-Grafendorfs Bürgermeister ist Rainer Handfinger. Mit Anfang Vierzig gibt er sich jung und dynamisch, Jeans und Hemd, dazu ein modern gemustertes Sakko, reichen. Zu seinem Büro im ersten Stock kommt er im Laufschrift, er nimmt zwei Stufen auf einmal, Zeit zu verlieren hat er keine. In dem Tempo geht es weiter. „Was

machen wir heute, welche Projekte wollen Sie sehen, wir können überall hinfahren“, erklärt sich Handfinger hilfsbereit. Er sei für alles zu haben. Das kauft man ihm auch ab, seine Aufmerksamkeit ist voll und ganz bei seinem Gesprächspartner. Auf der Straße kann er alle Leute mit deren Namen begrüßen. „Ich kenne eigentlich viel zu wenige, die hier wohnen“, findet er selbst.

Ausnahmsweise ist er heute mit dem Rad gekommen. „Wenn mein Auto nicht vor dem Amt steht, glauben die Leute, ich arbeite nichts oder bin auf Urlaub“, erklärt der 42-Jährige. Dabei würde er lieber viel öfter mit dem Rad kommen, sein Lieblingsthema ist immerhin der Umweltschutz. Zu dem Thema hält Handfinger auch Vorträge und zeigt, was seine Gemeinde hier alles geleistet hat. Er setzt an vielen unterschiedlichen Fronten gleichzeitig an, sei es beim klimaeffizienten Kindergarten, bei dem er selbst den Stromverbrauch messen ging, um Einsparungspotenziale zu finden, oder der Sanierung von



Ökostraße
in Ober-Grafendorf

Gemeindewohnungen. Die dadurch eingesparten Kosten finanzieren die Sanierung. Die Bewohner haben so keine Mehrkosten und dem Gemeindehaushalt hilft es auch. Sehen kann man die Veränderungen meistens nicht. „Tolle Fotomotive sind diese Projekte leider nicht“, entschuldigt er sich. Im Gemeindeamt zeigt Handlfinger dafür stolz die Urkunden, die Ober-Grafendorf in den letzten Jahren ansammeln konnte, darunter auch den Energy Globe Award.

Der Energy Globe Award, der seinen Ursprung in Österreich hatte, gehört zu den renommiertesten Umweltpreisen der Welt. Ober-Grafendorf hat den Preis für seine Ökostraße gewonnen, ein neues System, bei dem Regenwasser wieder direkt dem Grundwasser zugeführt werden kann, ganz ohne Kanal und teure Filtrierung. Ohne das große Schild am Straßenbeginn, das auf die Ökostraße hinweist, wäre kein Unterschied erkennbar. Vielleicht würde einem auffallen, dass es keine Kanaldeckel gibt.

Neben der 300 Meter langen Straße liegt Kiesel, der aussieht wie Schotter und aus dem unterschiedliche Pflanzen wachsen. Aus vereinzelt Grasbüscheln wachsen sie in allen Farben, weiß, gelb, rosa und violett. Bienen summen um hohe Pflanzen, die langsam im Wind wippen. Die Ökostraße ist nicht nur umweltfreundlich, sondern auch noch pflegeleicht. Hin und wieder Unkraut jäten, vor dem Winter die alten Pflanzen entfernen und bei langer regenloser Zeit ein bisschen gießen. Fertig. Ein Holzbalken entlang der Straße sorgt noch dafür, dass sich kein Auto in das natürliche Abflusssystem stellen kann.

„Im Detail ist es natürlich hochkomplex, aber das Konzept an sich ist deppeneinfach“, erklärt Handlfinger. Regenwasser rinnt von der Straße ab und wird von Pflanzen und unterschiedlichen Bodenschichten gespeichert und gefiltert. Das Wasser kommt den Pflanzen zugute und kühlt zeitgleich die Umgebung. Ein Konzept, das in Zukunft in vielen

Gemeinden einen breiten Anwendungsbereich finden wird. Wie er auf die Idee kam? „Gar nicht. Der Gärtner ist zu mir gekommen und hat gefragt, ob wir das nicht probieren wollen“, so Handlfinger, der solche Vorschläge liebend gern ausprobiert. Also wurde diese Ökostraße gebaut, und zusammen mit der Universität für Bodenkultur werden unterschiedliche Bepflanzungen getestet.

Wie gut die Ökostraße funktioniert, zeigt auch das letzte Unwetter, bei dem es zu massiven Überschwemmungen im ganzen Pielachtal kam. Die Straße kam problemlos mit den Wassermengen zurecht, die vom Himmel kamen. Es gab keine Überschwemmungen, anders als in anderen Teilen Ober-Grafendorfs. Darüber freuen kann sich Rainer Handlfinger allerdings nicht. Zu viele Probleme machte der Regen in einem anderen Gebiet seiner Ortschaft.

Für Josef war es die dritte Überschwemmung in den letzten Jahren, früher hat es immer nur den Keller erwischt, dieses Mal

OBER-GRAFENDORF: WARUM NICHT (EINFACH) EINFACH?

auch das Erdgeschoss. Die Verzweiflung ist ihm anzusehen, das Wasser hat nicht nur die ganze Einrichtung zerstört, sondern auch das gesamte Gewand der Familie weggeschwemmt. „Ich weiß nicht einmal, wo mein Rasenmäher ist, der ist davon geschwommen“, erzählt er. Er braucht Hilfe. Starke Regenfälle haben die Bäche zum Überlaufen gebracht, ein Auffangbecken, das die Gemeinde erst vor Kurzem um 100.000 Euro gebaut hat, konnte die Wassermengen nicht halten. Eine nahe gelegene Brücke stand 45 Zentimeter unter Wasser.

Handlfinger steht neben Josef, die Hand auf dessen Schulter, versucht zu trösten, wo es nichts zu trösten gibt. Er macht keine Versprechungen, die er nicht halten kann, Handlfinger ist ehrlich. Im Hintergrund steht ein LKW, dessen Kran kaputte Möbel und zerstörte Wandvertäfelungen auf die Ladefläche hievt. Der Mann in seinen Fünfzigern steht vor dem Ruin, und sein Bürgermeister kann nichts für ihn tun. „Man

fühlt sich ohnmächtig“, wird er später dazu sagen. Die Dynamik, die er den ganzen Tag zeigt, ist hier unangebracht, stattdessen ist er ruhig und hört zu, lässt sich zeigen, wie hoch der Wasserpegel war, wo der Regen Schaden angerichtet hat.

„Da muss doch was zu machen sein, was ist denn mit den Bauern?!“ Mit den Bauern meint er die Felder, die am Hang über dem Haus sind. Dort wird Kukuruz, eine zutiefst erodierende Pflanze, angebaut. Weder Pflanzen noch Boden können viel Wasser aufnehmen, und so schwemmt es in kürzester Zeit große Wassermengen hangabwärts. Doch von dort kam das Wasser, das Josefs Haus zerstörte, gar nicht. Dort haben die Vorkehrungen des Bürgermeisters nämlich funktioniert. Die Gemeinde Ober-Grafendorf mietet seit Neuestem das unterste Stück des Feldes. Dort wurden Gräser und Sträucher angepflanzt, die können die Schlammbewegungen bremsen und zurückhalten. Bevor diese Maßnahme ergriffen

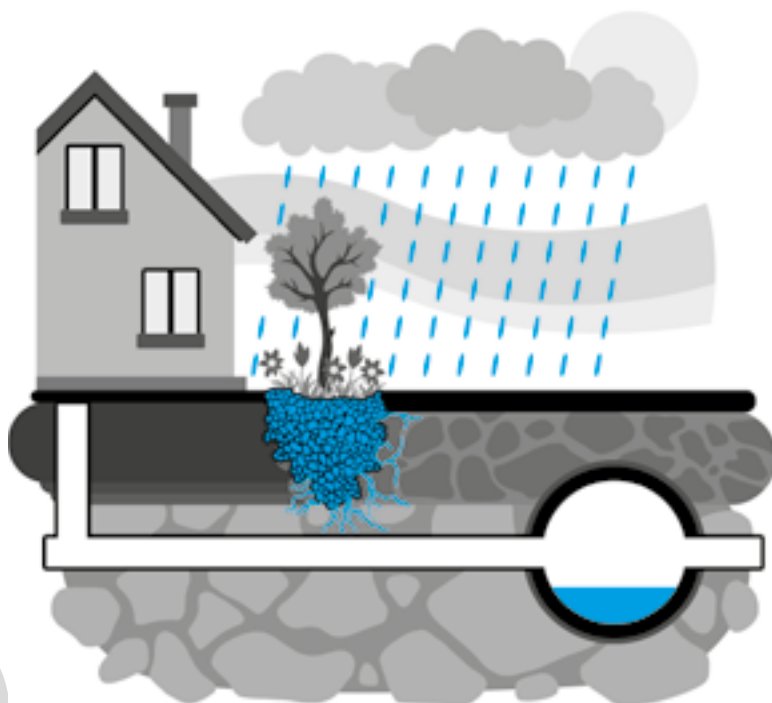
wurde, entstand Schaden von 55.000 Euro, jetzt kostet es die Gemeinde 700 Euro.

Etwas teurer werden hingegen die nicht minder richtungsweisenden Veränderungen, die Ober-Grafendorf noch bevorstehen. Ein aussterbendes Stadtzentrum, gepaart weniger mit Einkaufsmöglichkeiten am Dorfrand, sondern eher mit dem Onlinehandel, macht hier zu schaffen. Zusammen mit Stadtentwickler Hermann Knoflacher ging Rainer Handlfinger durch die Ortschaft. „Ihre Ortschaft hat keinen Hauptplatz. Ihr Hauptplatz ist ein Parkplatz“, meinte Knoflacher. „Und er hat verdammt noch mal recht. Wieso sollen die Menschen in unser Zentrum gehen, wenn dort nur Parkplätze sind?“ Helfen soll eine Umgestaltung. Ein Gebäude wurde dafür schon gekauft, ein anderes soll neu gebaut, die Straße angehoben werden. Im neuen Gebäude soll ein Ärztezentrum untergebracht sein. „Die Infrastruktur haben, Kinderplätze garantieren können, die öffentliche Verkehrssituation



Herkömmliches System

- Regenwasser versickert schnell im Kanalsystem (ist für die Pflanzen verloren)
- Regenwasser belastet das Kanalsystem
- Austrocknung des Erdreichs
- Schadstoffe gelangen über das Kanalsystem ins Grundwasser und in Gewässer
- Gefahr der Überschwemmungen durch Kanalüberlastung



Ökostraße mit Drain-System

- Rasche Wasseraufnahme und Speicherung des Regenwassers
- Regenwasser wird gespeichert, steht Pflanzen zur Verfügung
- Kühlung der Umgebung an heißen Tagen (wie hundertjährige Buche)
- Schadstoffe werden zurückgehalten und abgebaut
- Reduktion der Hochwasserproblematik

OBER-GRAFENDORF: WARUM NICHT (EINFACH) EINFACH?

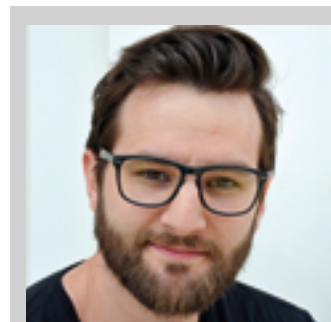
und Freizeitaktivitäten schaffen und gutes Marketing haben.“ Die Vorteile des Dorfes mit denen der Großstadt vereinen, nur so könne das Dorfsterben verhindert werden.

Wie schon bei der Ökostraße und den Feldern greift Handfinger auch hier auf einfache Mittel zurück. Das Logo von Ober-Grafendorf ist für alle zugänglich, und weil es jeder verwenden kann, passiert dies auch. Musikschule, Sportplatz und Vereine haben es schon übernommen, Ober-Grafendorf ist zur Marke geworden.

Bei neuen Wohnungen werden die Parkplätze so platziert, dass der Weg zum Auto ein Umweg wäre. Zusätzlich werden direkt vor den Eingängen Fahrradabstellplätze gemacht. Die Entscheidung, das Rad und nicht das Auto zu nehmen, fällt unterbewusst. Es sind diese einfachen Tricks, die Handfinger von Hermann Knoflacher gezeigt bekommen hat und die er nun anwendet, die Ober-Grafendorf so spannend machen.

Es sind Maßnahmen, die jede Gemeinde setzen kann, die Ober-Grafendorf zur Skizze einer funktionierenden Ortschaft machen. Eine umweltbewusste Ökostraße, die am Ende sogar kostengünstiger ist als ein Kanal mit Filterung. Den Einwohnern die Möglichkeit geben, das Auto stehen zu lassen, sie so ins Stadtzentrum zu holen, um ihnen dort einen Hauptplatz zu geben, der mehr ist als ein Parkplatz. Das Zentrum wiederzubeleben und es nicht Autos, LKWs und pinkelnden Hunden zu überlassen, daran arbeitet Rainer Handfinger. Und auch daran, dass er endlich mit dem Rad in die Arbeit kommen kann.

Am Weg nach Hause fährt Handfinger wieder über den noch leeren Hauptplatz. Er kommt aber nicht weit, denn kurze Zeit später trifft er wieder Einwohner von Ober-Grafendorf. Er bleibt stehen, begrüßt sie mit ihren Namen und hört sich die Probleme an. Es gibt immer etwas zu tun.



Patrick Kramer, 28,

schreibt als freier Journalist, ist unter anderem in der *Wiener Bezirkszeitung* und *The Gap* zu finden. Er recherchiert Dinge, war als Social-Media-Manager tätig und sucht seinen Platz im Journalismus.



Dr. Helga Lukoschat
Mitbegründerin und seit 2009
Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin

KOMMUNEN ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Frauen sind in der Politik angekommen: Durchschnittlich beträgt ihr Anteil in den Parlamenten der Europäischen Union immerhin 30 Prozent. Weibliche Politiker sind keine Ausnahmeerscheinung mehr wie noch in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren. Es gibt bekannte und erfolgreiche Spitzenpolitikerinnen in allen Ländern; Deutschland wird seit 2005 von einer Kanzlerin regiert.

Doch gerade dort, wo die Demokratie ihre Basis hat und wo politische Entscheidungen ganz unmittelbar das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger betreffen, sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Nur rund ein Viertel der Stadt- und Gemeinderätinnen sind Frauen. Am stärksten fehlen Frauen in den kommunalen Führungspositionen. EU-weit bewegen sich die Anteile laut einer Europarats-Studie um die zehn Prozent. Das Frappierende ist: Ein Aufwärtstrend ist nicht zu erkennen (eine Ausnahme bildet Frankreich, das mit seinem 2001

verabschiedeten Paritätsgesetz zur gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen und Männern in politischen Ämtern und Mandaten vor allem auf kommunaler Ebene Erfolge erzielt hat. Obwohl das Gesetz nicht für das Bürgermeisteramt gilt, hat es auch dort positive Effekte bewirkt, sodass sich der Anteil der Bürgermeisterinnen auf knapp 20 Prozent verdoppelt hat).

Die folgenden Abbildungen (siehe Seite 66) zeigen hierzu die Daten aus Österreich, Deutschland und einigen ausgewählten deutschsprachigen Regionen.

Warum ist das so? Wollen Frauen nicht in dieses Amt? Sind sie weniger qualifiziert und geeignet? Oder lässt man sie nicht? Warum dürfen wir uns mit diesem Befund nicht länger zufriedengeben und was können wir tun?

Um diese Fragen wird sich der folgende Artikel drehen. Er beruht auf den Forschungen der EAF Berlin zu Frauen in der Kom-

munalpolitik in Deutschland. Ohne die Unterschiede im politischen System und in der politischen Kultur der Länder vernachlässigen zu wollen, lassen sich jedoch einige Muster erkennen, die länderübergreifend wirksam sind und auf die ich im Folgenden schlaglichtartig eingehen möchte. Doch zunächst:

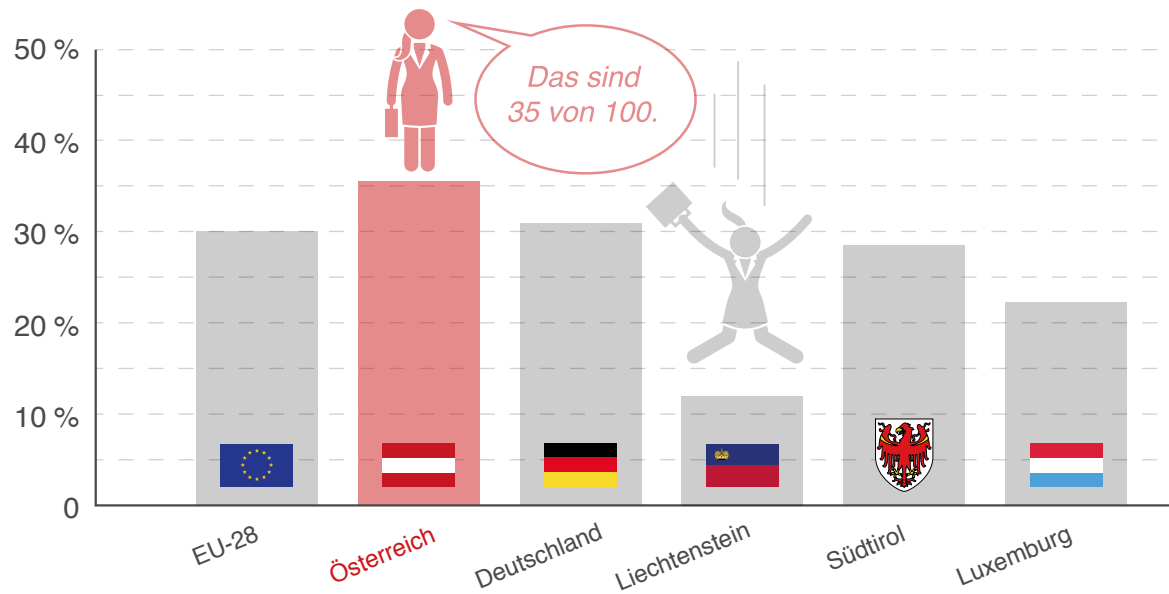
Warum brauchen wir mehr Frauen in kommunalen Führungspositionen?

Dazu drei Überlegungen:

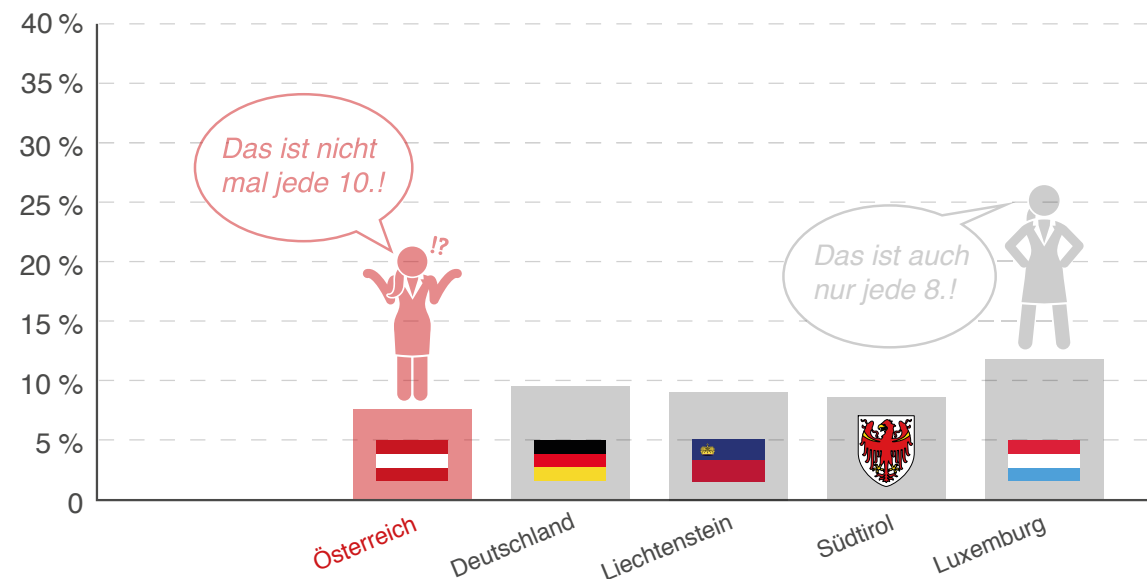
- Kein demokratisches Gemeinwesen kann es sich auf Dauer erlauben, dass die eine Hälfte der Bevölkerung in den politischen Entscheidungs- und Führungspositionen nicht angemessen vertreten ist. Dies gilt im besonderen Maße für die Kommunalpolitik, die zu Recht als Basis der Demokratie gilt. Kommunalpolitik stellt nach wie vor einen zentralen politischen Gestaltungsraum dar, um dessen Autonomie und Möglichkeiten es sich mehr denn je zu

Frauen in politischen Gremien und Ämtern

Anteil an weiblichen Abgeordneten im Parlament in Prozent



Anteil an Bürgermeisterinnen in Prozent



Quellen: siehe Quellenachweis

KOMMUNEN ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

kämpfen lohnt. Hier geht es um die alltägliche Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, von der Kinderbetreuung über die Verkehrssicherheit bis zum Wohnungsbau. In den Kommunen sind die herausfordernden Aufgaben von Migration und Integration zu bewältigen und hier gilt es, Politikverdrossenheit und Populismus ganz konkret entgegenzuwirken.

- Frauen sind mit Sicherheit nicht per se die besseren Politiker, doch sie können aufgrund ihrer Orientierung auf mehrere Lebensbereiche und unterschiedlicher Lebenserfahrungen wichtige Impulse, Sichtweisen und Interessen einbringen, die dazu beitragen, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern.

- Kommunalpolitik bedarf eines breiten Pools an Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher beruflicher wie soziokultureller Hintergründe, die bereit und in der Lage sind, ihre Erfahrungen und ihre Le-

benszeit einzubringen. Bereits heute wird es – vor allem bei ehrenamtlichen bzw. überwiegend ehrenamtlichen Ämtern – zunehmend schwieriger, interessierte und qualifizierte Menschen zu gewinnen. Allein aus Gründen der Nachwuchssicherung ist es erforderlich, Kommunalpolitik so zu gestalten, dass sie für Frauen wie auch für andere Bevölkerungsgruppen, wie u. a. jüngere Menschen, attraktiver und besser zugänglich wird. Letztlich geht es darum, Kommunalpolitik zukunftsfähig zu machen.

Warum ist die Unterrepräsentanz so hartnäckig?

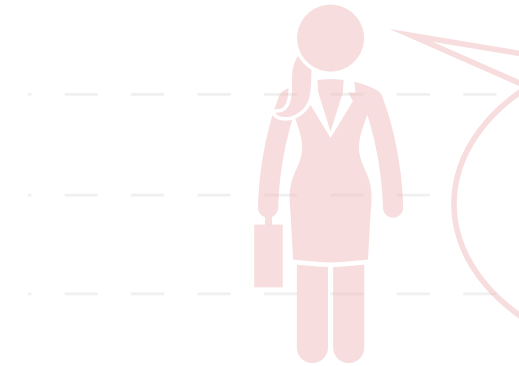
Ein Grund – mangelnde Qualifizierung – kann tatsächlich ausgeschlossen werden. Frauen haben, wie bekannt, bezüglich der Bildungsabschlüsse und der beruflichen Erfahrung generell aufgeholt. In verwaltungsnahen Berufsfeldern, die neben der regionalen Verankerung als eine wichtige Voraussetzung für ein kommunales Führungsamt gelten, sind Frauen ebenso wie

Männer tätig. Eine Befragung des österreichischen Städte- und Gemeindebundes unter haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen zeigt, dass die Mehrheit eine Matura hat, fast ein Viertel einen Hochschulabschluss.

Im Folgenden möchte ich daher vor allem auf drei Problemlagen eingehen:

Eine Barriere stellen in der Tat die **zeitlichen Belastungen bzw. die Vereinbarkeit von politischem (Ehren)Amt mit Beruf und Familie** dar. Hauptamtliche Bürgermeister/innen (in Deutschland) arbeiten 50 bis 60 Stunden pro Woche, knapp ein Drittel bis zu 70 Stunden. Auch bei den Ehrenamtlichen ist die zeitliche Belastung hoch, da das Amt sehr oft on top zur eigenen Berufstätigkeit ausgeübt wird. Entsprechend müssen die eigenen beruflichen, privaten bzw. familiären Lebensbedingungen zu den Anforderungen des Amtes „passen“. Die Befragung der EAF Berlin zeigt, dass die Mehr-

hen Abgeord



KOMMUNEN ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

zahl der männlichen Bürgermeister in einem eher traditionellen Partnerschaftsmodell lebt, in dem die Partnerin oder Ehefrau ihm den Rücken freihält und sich um das Familienmanagement kümmert. Bei den Frauen stellt sich die Situation durchaus anders dar: Sie leben eher in Partnerschaften, in denen beide einer Vollzeitberufstätigkeit oder Karriere nachgehen („Doppelkarriere-Paare“). Zwar hat auch der Großteil der Bürgermeisterinnen Kinder, aber weniger als ihre männlichen Kollegen, und vor allem sind ihre Kinder „aus dem Größten heraus“. Zusammengefasst: Das Bürgermeisteramt ist für Männer – mehr oder minder (!) – gleichzeitig mit Familie möglich, während Frauen dies bisher i. d. R. nur in einem deutlichen zeitlichen Nacheinander geschafft haben.

Diese Befunde sind vor allem für den **Weg in das Amt und die Entscheidung für eine Kandidatur** bedeutsam: Frauen wägen unter den gegebenen Bedingungen sorgfältig ab, ob

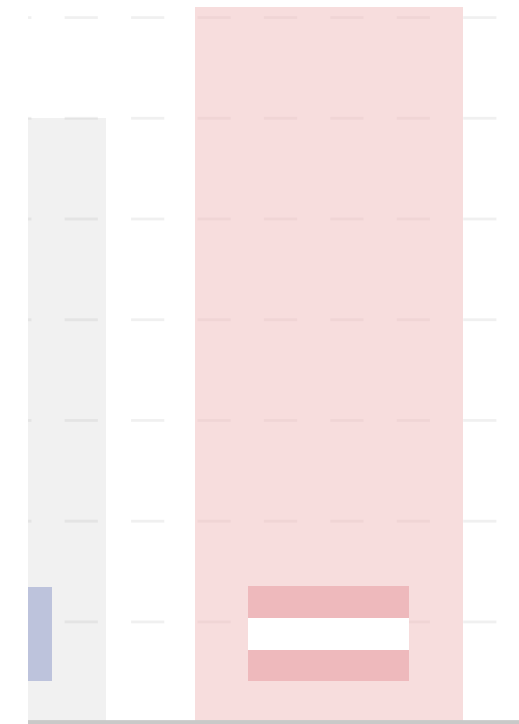
sie die politische Aufgabe mit ihrer familiären Situation in Einklang bringen können, und entscheiden sich dann häufiger als Männer dagegen. Wie unsere Befragungen zeigen, haben zwar auch oft Männer Skrupel wegen der Familie, sind dann aber doch zur Kandidatur bereit. Getragen wird dies – bei Männern wie bei Frauen – von einem gesellschaftlichen Rollenverständnis, das bei Männern eher toleriert, wenn nicht sogar fordert, sich voll in den Beruf (oder eben auch in die Politik) einzubringen.

Ferner zeigt unsere Befragung, dass Frauen weniger strategisch an ihre politische Karriere herangehen und Männer in der Regel früher und gezielter die Ämter anstreben, z. B. ihre Netzwerke pflegen, sich in wichtigen Schlüsselpositionen (Vereinsvorsitze etc.) Sichtbarkeit erwerben und dafür auch die Zeit hatten.

Kandidatenauswahl und Nominierungsverfahren: Hierbei hat unsere Befragung sehr interessante Befunde aufzuweisen.

Auch wenn Kommunalpolitik, zumindest in Deutschland, weniger als die Landes- oder Bundespolitik von den Parteien dominiert wird, haben diese dennoch eine wichtige Funktion. In der Regel gilt, dass die Parteien die Frauen zu wenig „auf dem Schirm haben“, sie weniger zur Kandidatur ermutigen und unterstützen.

Wenn die Parteien – ausnahmsweise – Frauen nominieren, dienen sie ihnen häufig als „Verlegenheitskandidatin“. Sie werden in Konstellationen aufgestellt, in denen die Aussicht auf einen Sieg eher gering ist, zum Beispiel, weil die Partei lange in der Opposition war, oder weil wegen anderer Umstände die Chancen als gering eingeschätzt werden. Bei den männlichen Befragten ist ein solches Muster nicht erkennbar. Fast alle Frauen waren die erste Bürgermeisterin vor Ort, sehr oft die Überraschungssiegerinnen und nur ein Fünftel von ihnen löste einen Vorgänger aus der eigenen Partei ab, während es bei den Männern 40 Prozent waren.



Österreich

Deutschland

rmeisterinnen

Schließlich ist noch das **Wahlrecht** zu nennen. In Deutschland, wie auch in anderen Ländern der EU, erfolgt die Wahl in das Amt über eine Direktwahl durch die Bürgerinnen und Bürger. Generell gilt, dass im Mehrheitswahlrecht die Frauenanteile geringer sind als im Verhältniswahlrecht (siehe Thema der Nominierung). Letzteres eröffnet bessere Chancen für Frauen, u. a., weil Wahllisten, im Unterschied zu Einzelkandidaturen, quotiert werden können. Im internationalen Vergleich liegt der Frauenanteil bei Mehrheitswahlrecht im Durchschnitt bei nur 14 Prozent. In Systemen mit reiner Listenwahl bei durchschnittlich 25 Prozent.

Was also kann getan werden? Welche Handlungsempfehlungen lassen sich ableiten?

In erster Linie sind die Parteien gefordert, in systematischer Weise „Nachwuchsförderung“ zu betreiben und gezielt Frauen anzusprechen und gezielt aufzubauen. Parteien können

sich, zum Beispiel über interne Gleichstellungspläne, verpflichten, den Anteil von weiblichen Kandidaten zu erhöhen. Damit verbunden ist das weite Feld der **politischen Kultur**, in dem viel Verbesserungspotenzial steckt. Zum Beispiel lassen sich Sitzungen effizienter und zeitsparender gestalten, u. a. über eine gute Vorbereitung und professionelle Moderation, die auch fähig ist, die Vielredner und Platzhirschen einzufangen und abfällige Bewertungen über Frauen zu unterbinden. Eine **moderne Kommunikationskultur** käme mit Sicherheit nicht nur Frauen, sondern der Kommunalpolitik insgesamt zugute, die oft noch das Image hat, verstaubt, bürokratisch und männlich dominiert zu sein.

Auch die Bürgermeisterinnen selbst können dazu beitragen, dass sich die Dinge verändern. Sie sind **Rollenvorbilder** für andere Frauen, sie können **Netzwerke** bilden und als „talent scouts“ fungieren, die andere Frauen gezielt ansprechen, und

nicht zuletzt können sie innerhalb ihrer Parteien und Wählervereinigungen entsprechende Lobby-Arbeit machen.

Doch nicht zuletzt müssen auch auf staatlicher bzw. **institutioneller Ebene** die Weichen gestellt werden. Wie kann Kommunalpolitik entbürokratisiert werden? Wie kann die Fülle der Aufgaben reduziert werden? Wo sind Vertretungsregelungen sinnvoll und möglich? In unserer Studie gibt es vereinzelt Beispiele dafür, wie Bürgermeister und Bürgermeisterinnen es schaffen, ihr Aufgabenpensum zu reduzieren, und damit durchaus auch auf Verständnis in ihrem Umfeld und bei den Bürgerinnen und Bürgern stießen. Schließlich ist auch die Frage der Aufwandsentschädigung wichtig. Zum Beispiel könnten Kinderbetreuungskosten für junge Eltern, u. a. bei Abend- oder Wochenendterminen, übernommen werden.

Meines Erachtens benötigen wir ein neues, den veränderten gesellschaftlichen und wirtschaft-

lichen Rahmenbedingungen **angepasstes Berufsbild**, und zwar sowohl für die Haupt- als auch für die Ehrenamtlichen und sowohl für Männer als auch für Frauen. Die gesellschaftlichen Rollenbilder verändern sich, Frauen wollen sich in Politik und in den Beruf einbringen und umgekehrt wollen immer mehr Männer auch Zeit für die Familie und wünschen sich ihrerseits eine partnerschaftliche Aufgabenteilung.

Kommunalpolitik ist ein oftmals anstrengendes und herausforderndes Feld, aber sie ist lohnend und befriedigend und nicht zuletzt von immenser Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es lohnt sich, dafür zu streiten!

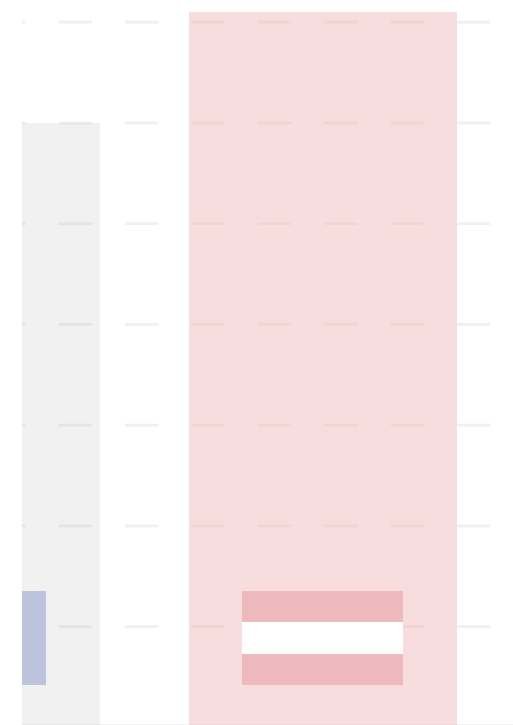
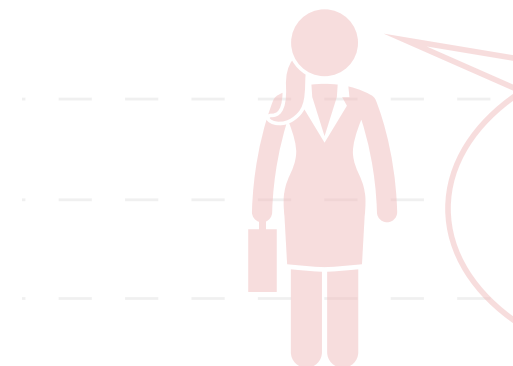
Literaturhinweise

- Helga Lukoschat/Jana Belschner (2017): Macht zu Gleichen Teilen – Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, 2. Auflage, EAF Berlin. Download: www.frauen-macht-politik.de (Zugriff: 20.12.2017).

- Helga Lukoschat/Jana Belschner (2014): Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West, EAF Berlin. Download: www.frauen-macht-politik.de (Zugriff: 20.12.2017).

- Uta Kletzing/Helga Lukoschat (2014): Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Kurzfassung, 3. Auflage, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin. Download: <https://www.bmfsfj.de/blob/93654/cc181cedaa-0de9a08ae7faf4a71f0086/engagiert-vor-ort-kurzfassung-data.pdf> (Zugriff: 20.12.2017).

chen Abgeord



Österreich

Deutschland

rmeisterinnen

KOMMUNEN ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN



Helga Lukoschat, 61,

ist Mitbegründerin und seit 2009 Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrung in der Beratung von Unternehmen und Organisationen zu den Themen Chancengleichheit und Vielfalt in Führung sowie in der Konzipierung und Durchführung praxisorientierter Forschungsprojekte. Sie hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht und ist als Expertin, Moderatorin und Rednerin vielfach gefragt. Einen Schwerpunkt ihrer Tätig-

keit bildet die Förderung der politischen Partizipation von Frauen im nationalen und internationalen Kontext. Helga Lukoschat studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Geschichte in Erlangen und Berlin. Anschließend war sie als Journalistin und Publizistin tätig und promovierte mit einer Studie über Frauen in Führungspositionen an der Technischen Universität Berlin.



Mag. Bettina Höchtl
wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Department für E-Governance



Mag. Judith Schoßböck
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Zentrum für E-Governance



Mag. Dr. Peter Parycek, MAS MSc
Universitätsprofessor
für E-Governance

WARUM BEI DIGITALER VERWALTUNG DER MENSCH IM MITTELPUNKT STEHT

Online-Shops machen es vor

Sie haben sicher schon einmal im Internet eingekauft. Haben Sie dabei auch auf die Empfehlungen oder Käufe anderer KundInnen geklickt, die extra für Sie erstellt worden sind? Haben Sie Angebote verglichen, Ihre Bestellung verfolgt oder online bezahlt? Wenn ja – warum haben Sie den Online-Shop dem Geschäft vor Ort vorgezogen? War es die große Auswahl, die Verfügbarkeit der Produkte rund um die Uhr, die Empfehlungen, oder die Vergleichbarkeit der Angebote? Hat es Ihnen gefallen, zu wissen, wann die Bestellung bei Ihnen ankommen wird? Haben Sie für den Einkauf vielleicht sogar Ihr Smartphone verwendet? Je häufiger Sie mit ja geantwortet haben, desto genauer wissen Sie, was Online-Shopper an wirtschaftlichen Angeboten schätzen und was daher Menschen auch immer häufiger von der Verwaltung erwarten. Sicher hinkt ein direkter Vergleich von Online-Shopping-Aktivitäten mit der Nutzung von Online-An-

geboten der Verwaltung. Denn Behördenkontakte sind einfach um ein Vielfaches geringer als das Bedürfnis nach Konsumgütern. Und dennoch werden die Angebote der Verwaltung oft mit denen der Wirtschaft verglichen. Was denken Sie? Wie würde das beste Online-Service Ihrer Gemeinde gegen Ihren Lieblings-Online-Shop abschneiden? Online einkaufende BürgerInnen jeden Alters gibt es jedenfalls genug (siehe Abb.). Nur so viel vorweg: Es gibt bezüglich der Nutzung von E-Government-Angeboten noch viel Luft nach oben

Wie viele BürgerInnen sich mehr und mehr an diese Services gewöhnen könnten, ergibt sich aus Befragungen der Statistik Austria (Europäische Erhebungen über den IKT-Einsatz in Haushalten 2003 bis 2017): Im Jahr 2017 kauften 61,6 % der Befragten online ein. Diese Bereitschaft ist wie beim E-Government altersabhängig: 2017 kaufte die jüngste Gruppe (16–24 Jahre) am häufigsten online ein (86,7 %). Von den 55–64-Jährigen kauften we-

niger als die Hälfte der Befragten online ein.

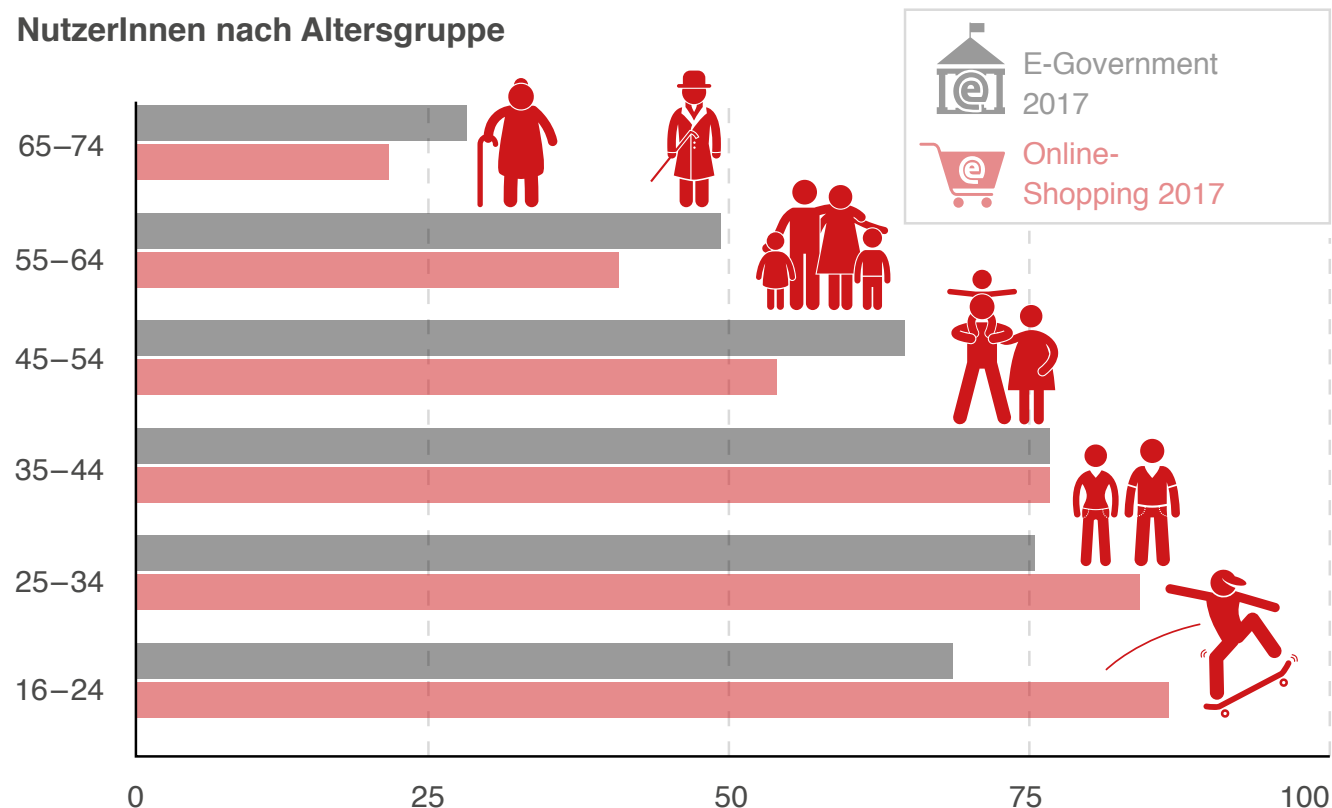
Vergleicht man dies mit der Erhebung der Statistik Austria zur E-Government-Nutzung (Statistik Austria, Europäische Erhebung über den IKT-Einsatz in Haushalten 2017), so gaben 2017 62 % an, in den letzten zwölf Monaten E-Government privat genutzt zu haben – ähnlich also wie beim Online-Shopping. Überwiegend wurde hier aber nach Informationen gesucht (50,3 %), und deutlich weniger Befragte luden zum Beispiel Formulare herunter. Die Gruppe der 35–44-Jährigen nutzt E-Government am meisten (76,8 %).

... und Verwaltungen machen es nach?

Geht man davon aus, dass Menschen sich auch von der Verwaltung innovative Lösungen und Kundenservice versprechen, so muss sich diese fragen, wie sie diese Erwartungen erfüllen kann. Konsequenterweise kann daher gefragt werden: Ist der Bo-

Vergleich Onlinehandel – E-Government

NutzerInnen nach Altersgruppe



Quellen: Statistik Austria

WARUM BEI DIGITALER VERWALTUNG DER MENSCH IM MITTELPUNKT STEHT

tengang mit Kuvert von A nach B noch zeitgemäß? Heute machen Informations- und Kommunikationstechnologien vieles möglich, und das Smartphone ist in den Alltag eingezogen. Das verlangt nach mobilen Lösungen. Tendenziell ist für BürgerInnen digitale Kommunikation ein Mehrwert. Die meisten schätzen es jedoch, wenn sie entscheiden können, ob sie persönlich zum Amt kommen oder lieber ein Online-Angebot nutzen wollen.

In Österreich werden die zehn am häufigsten genutzten Verwaltungsleistungen über eine zentrale Online-Plattform, <http://oesterreich.gv.at/>, angeboten, was nicht heißt, dass der digitale Amtsweg verpflichtend vorgeschrieben ist. Ganz anders wird dies beispielsweise in Dänemark gehandhabt, wo die zwingende Nutzung von Online-Services der öffentlichen Verwaltung gesetzlich verankert und dies als der größte Erfolg der Digitalen Strategie 2016–2020 bezeichnet wurde (Zeberg 2018). Ausnahmen können persönlich bean-

tragt werden und Unterstützung bei der Nutzung wird geboten.

Für österreichische Gemeinden geht es nicht darum, Termine mit BürgerInnen zu vermeiden. Die Frage ist jedoch, ob man benutzerfreundliche Angebote auf drei Kanäle reduzieren könnte: auf vollautomatisierte Verfahrensabläufe, persönliche Vorsprache (ohne Papierformulare) und strukturierte elektronische Kommunikation.

Das Gemeindebüro der Zukunft: Wie digitale Lösungen Ihre Arbeit verändern könnten

Routineaufgaben erledigen nicht Sie

Digitale Lösungen können Routineaufgaben übernehmen und GemeindemitarbeiterInnen entlasten. Selbstbedienungsstellen und Roboter können rund um die Uhr reagieren. Ein Beispiel für eine im Einsatz stehende Selbstbedienungsstelle mit Roboter-Merkmalen befindet sich im Immigration Tower in Hongkong.

An diesem Robo-Kiosk können BürgerInnen einen Reisepass beantragen. Wie stehen Sie zu angeordneter Online-Selbstbedienung wie in Dänemark und zu Selbstbedienungs-Kiosken wie diesem? Sind das Freunde oder Feinde der Verwaltung?

Sie bekommen neue Arbeitsmittel und fahren zu virtuellen Lokalaugenscheinern

Die 2012 veröffentlichten Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt Office21 (Fraunhofer IAO) zur Arbeits- und Lebenswelt von Büro- und WissensarbeiterInnen im Jahr 2025 beinhalten Zukunftsideen wie die einer digitalen Tapete, dreidimensionale Präsentationen, den Wegfall von Suchen oder Archivieren und die Anpassung der Arbeit an den Lebensstil. Auch könnte Zeit mit der Familie flexibler gestaltet werden. Ähnlich der Augmented Reality im Handwerksbetrieb (Weidner 2017) könnten im Amt der Zukunft neue Technologien zur Visualisierung bei Akteneinsicht oder als personalisiertes

Nachschlagewerk der Gemein-demitarbeiterInnen zum Einsatz kommen. Denkbar ist auch ein virtueller Lokalausweis bzw. Fernkonsultationen sowie ein personalisierter Arbeitsplatz, der mit Licht und Temperatur auf ihre Stimmung eingeht.

Sie haben mehr Zeit für kreative oder soziale Tätigkeiten

Wie könnte die Arbeitsteilung von Mensch und Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung aussehen? In der Versicherungsbranche entscheiden oft Algorithmen über die Deckung eines Schadens, während Menschen für komplexere Fälle zuständig sind. Der Angst vor drohender Arbeitslosigkeit steht die Prognose der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Digitalisierung gegenüber (Bidder 2017): Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx (2015) behauptet, dass die Technologie immer neue Arbeit hervorbringen würde, indem neue Bedürfnisse, Berufe und Tätigkeiten geprägt würden. Es braucht aber Anpassungen: Ge-

fordert sind Prozess-Wissen und fachübergreifendes Arbeiten, damit Menschen für kreativ-intelligente oder sozial-interaktive Tätigkeiten bereit sind (Arntz et al. 2017).

Sie haben eine/n neue/n Praktikantin/Praktikanten

Bei Verfahren mit klar messbaren Voraussetzungen können selbstlernende Programme für mehr Effizienz sorgen, indem sie Standardfälle automatisiert abwickeln. Bei Ermessensentscheidungen erscheint der Einsatz einer/eines künstlich intelligenten Praktikantin/Praktikanten schon schwieriger. Die fortlaufende Weiterentwicklung lernender Systeme könnte hier jedoch einiges verändern. Zunächst müssen diese jedoch, wie sonst auch, von ExpertInnen der Gemeinde lernen. Vorsicht jedoch bei der Annahme neutraler Systeme: Auch in Algorithmen können sich Diskriminierungen oder Programmschwächen verstecken. Deshalb müssen nachvollziehbare Systeme geschaffen

werden. Glaubt man einer Vorhersage von Accenture, so wird in Österreich das Wirtschaftswachstum bis 2035 durch künstliche Intelligenz um jährlich 3 % steigen. Die Universität Stanford sieht ein mögliches vorübergehendes oder permanentes Ideen-Wachstum voraus, langfristig bestünde jedoch die Gefahr der Nachahmung über KI (Aghion et al. 2017). Zu den Fragen, die noch zu beantworten sind, gehören jedenfalls ethische Fragen, z. B., wer Algorithmen kontrolliert und wann diese transparent sein sollen. Maschinen sollen Menschen dabei unterstützen, sich auf Tätigkeiten konzentrieren zu können, die für sie den meisten Wert haben. Und speziell beim Kundenservice und bei persönlicher Beratung wird der Einsatz von lernfähiger KI bzw. Bots (Brüstle 2018) ausgebaut werden.

Sie betreuen nur zwei Arten von Verfahrensanstößen

Wahlfreiheit könnte für BürgerInnen zukünftig heißen, zwischen

WARUM BEI DIGITALER VERWALTUNG DER MENSCH IM MITTELPUNKT STEHT

persönlichem Amtsweg oder strukturierter elektronischer Kommunikation zu wählen. Ist ein Verfahren vollautomatisiert, werden die Voraussetzungen für den Anspruch auf Leistungen der Verwaltung anhand vorliegender Daten geprüft – wie beispielsweise bei der antragslosen Familienbeihilfe – und kein/e Gemein-demitarbeiterIn damit behelligt. Beim persönlichen Amtsweg könnte die Antragsstellung vor Ort elektronisch mit der/dem MitarbeiterIn erfolgen. Die Übertragung von Papierformularen in elektronische Systeme könnte so überflüssig werden. Strukturiert elektronisch ist das Anstoßen des Verfahrens durch einen online gesetzten Schritt der/des Bürgerin/Bürgers, sei es ein Antrag mittels vereinfachtem mobilem E-Formular oder via Webservice.

Lebensqualität im intelligenten Dorf

Für zentrale elektronische Prozesse braucht es Kooperation – sei es zwischen Gemeinden oder

Gebietskörperschaften-übergreifend. Wirklich zeitsparend ist außerdem nicht die Suche nach einem Angebot, sondern wenn dieses bereits vorgeschlagen wird. Die Navigation zu Informationsangeboten wird durch Personalisierung weiter vereinfacht werden. Hier wird auf Bilder, wenige Klicks, Sprachsteuerung oder Steuerung über Pupillenbewegungen zurückgegriffen werden.

Die smarte Stadt ist in aller Munde: Neue Konzepte sollen diese fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver machen. Was aber ist mit kleineren Gemeinden bzw. dem intelligenten Dorf? Das Fraunhofer-Institut IESE erforscht in Kaiserslautern sogenannte „smart rural areas“: Unternehmen testen ihre Visionen für den ländlichen Raum, beispielsweise neue Mobilitätslösungen. In vielen Regionen wird die Versorgung schwieriger: Unwirtschaftliche Müllentsorgung oder Probleme mit der medizinischen Versorgung sind nur zwei der Gründe dafür. Eine mög-

liche Lösung wäre, über vernetzte Systeme Versorgungsfragen mit dem Smartphone zu steuern. Im intelligenten Dorf der Zukunft erledigt das autonome Auto einen Krankentransport – und stellt auf dem Rückweg noch schnell ein Paket zu. Und Risikopatienten oder ältere Menschen können vom Einsatz von KI in Wohnräumen profitieren. Standortunterschiede könnten sich verringern: Für die Ansiedlung von Unternehmen maßgebliche Kulturangebote werden zukünftig auch im Dorf erlebbar gemacht. Mit Virtual-Reality-Systemen kann man das städtische Kulturangebot live erleben oder berufliche Besprechungen aus der Ferne abhalten. So könnten besonders digitale Gemeinden gesellschaftlich und touristisch aufsteigen.

Resümee

Natürlich sind beim Einsatz neuer Technologien stets verschiedene Interessen abzuwägen, und nicht jeder Bereich eignet sich dafür. Menschen sollten

für die Auswirkungen von Technologien in Bildungsangeboten sensibilisiert und Prozesse transparent dargestellt werden. Gerade im Bereich der Smart City finden sich viele Ideen, die auf den ländlichen Bereich übertragbar sind, aber nicht 1:1 kopiert werden sollten (Kommune21). Die Verwaltung steht vor der Herausforderung, mit Angeboten der Wirtschaft nicht nur gleichzuziehen, sondern diese als Inspiration für neue Angebote zu nehmen. Diese sollten aus BürgerInnensicht konzipiert und mobil optimal bedienbar sein. Eine Smartphone-taugliche Ansicht einer Webseite ist zu wenig; Ein radikales Neudesign von Prozessen ist notwendig, damit BürgerInnen mit wenigen Klicks und Text zum Ziel kommen. Künstliche Intelligenz und Bots sollten vermehrt für Routineaufgaben eingesetzt werden und GemeindemitarbeiterInnen entlasten. Das Potenzial neuer Arbeitsmittel, von Virtual Reality und „künstlich intelligenter Praktikantinnen“ in der Verwaltung soll ausgelotet werden.

Verfahren aus einer Hand oder vollautomatisierte Verfahren sollten angestrebt werden – aus Gründen der Verwaltungseffizienz und Bürgerorientierung. Und schließlich könnten kleinere Gemeinden unter dem Stichwort „intelligentes Dorf“ von der neuen Vernetzung profitieren.

Literaturtipps:

Accenturestrategy for ETNO, Lead or Lose – A Vision for Europe's Digital Future, 9.

<https://etno.eu/datas/digital-age/leadorlose.pdf>

Arntz, Melanie, Gregory, Terry, und Zierahn, Ulrich: Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit. ifo Schnelldienst 7 / 2017 70. Jahrgang 13. April 2017.

Aghion, P., Jones, B. E., & Jones, C. I. (2017, October 10): Artificial Intelligence and Economic Growth.

<https://web.stanford.edu/~chadj/AI.pdf> (21.05.2018)

Zur Lernfähigkeit siehe Brüstle (2018): Chatbots und künstliche Intelligenz: Prozessautomatisierung und KI in der Öffentlichen Verwaltung, eGovernment Computing.

<https://www.egovernment-computing.de/prozessautomatisierung-und-ki-in-der-oeffentlichen-verwaltung-a-695231/>

Bidder, Benjamin, Zukunft der Arbeit: Keine Angst, die Maschinen kommen! Spiegel Online, 30. August 2017.

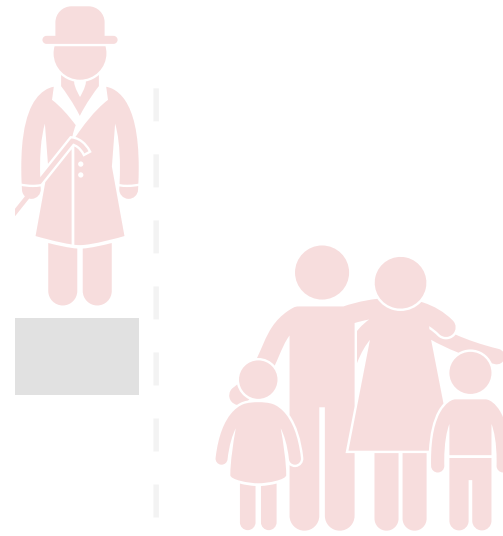
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/zukunft-der-arbeit-kollege-computer-und-die-angst-vor-dem-maschinenwinter-a-1163946.html>

Kommune21

https://www.kommune21.de/meldung_26542_Die+digitale+Gemeinde.html

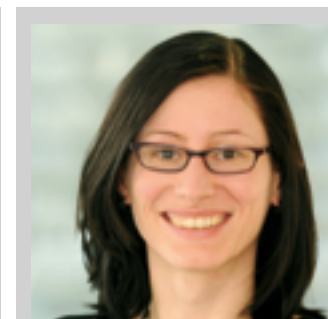
Zeberg (2018): Agency for Digitalisation, Dänemark, interviewt von Government Europa

<https://www.governmenteuropa.eu/digital-post-digitisation-denmark/87389/>



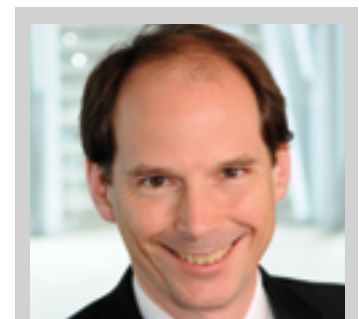
Bettina Höchtli, 32,

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung der Donau-Universität Krems. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten in nationalen und internationalen Forschungsprojekten gehören rechtliche Aspekte IKT-unterstützter Prozessverbesserung in der öffentlichen Verwaltung, Datenschutz, die Bereiche E-Government und Open Government.



Judith Schoßböck, 37,

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für E-Governance der Donau-Universität Krems und Hong-Kong-PhD-Fellowship-Kandidatin an der City University Hong Kong. Sie ist Managing Editor des Open-Access-eJournals JeDEM (jedem.org) und am Symposium des Festivals für Digitale Kunst und Kulturen (paraflo.ws.at) beteiligt. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Partizipation in digitalen Medien sowie die gesellschaftlichen und ethischen Auswirkungen von IKT und Datafizierung.



Peter Parycek, 46,

verantwortet als Universitätsprofessor für E-Governance das Department für E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung und das Zentrum für E-Governance. Zusätzlich leitet er in Deutschland das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) am Fraunhofer Fokus Institut Berlin, das vom Bundesministerium des Innern gefördert wird. Das Kompetenzzentrum ÖFIT versteht sich als Denkfabrik für erfolgreiche Digitalisierung des öffentlichen Raums und erarbeitet Empfehlungen für Politik und Verwaltung.

Das digitale Dorf



Digitales Amt

zB auch für Online-Abstimmungen über lokale Fragen



Selbstbedienungsstellen

für automatisierbare Amtswege, nach Wahl



Echtzeit-Infoscreen, interaktiv

Informationen von und über lokale Angebote & Nachfragen



Private Connection Center

Individuelle Informationsdrehscheibe, Bestellungen, Kontakte ...



Home Office

Flexible Berufstätigkeit, nicht ortsgebunden



Künstliche Intelligenz

zur Überwachung von Risikopatienten und älteren Menschen



WLAN im öffentlichen Raum

Grenzenlose Kommunikation



Smartphone

„Zentrale“ für sämtliche Gemeinde-relevanten Aktivitäten und Wege



Co-Working Spaces

für Start-ups, Kleinunternehmer, persönl. Dienstleister; flexibel, nicht zeitgebunden



Soziales Infonetz

Vernetzung: soziale Kontakte, Hobbygruppen, Kleinhändler



Virtual Reality Culture

Zugang zu kulturellen Angeboten via VR (Virtual Reality)



Autonome Fahrzeuge

zB Fahrdienste f. ältere bzw. nicht mobile Personen; Paketzustellung



Highspeed-Datenanbindung

Voraussetzung für alle Funktionen im „digitalen Dorf“ > Verbindung zur Welt, zu anderen Gemeinden, Städten ...



Internet-Gruppen & Beratung

für ältere Menschen durch Jüngere > Generationen-Kooperation

Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

votr. HR Dr. Walter LEISS (Generalsekretär)
wHR Mag. Nicolaus DRIMMEL (Abt.-Leiter Recht und Internationales, stv. Generalsekretär)
Rinore GASHI (Sekretariat)
Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Mag. Bernhard HAUBENBERGER (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Blerda LOSHAJ (Sekretariat)
Sabrina NEUBAUER (Assistenz Presse & Kommunikation)
Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projektentwicklung)
Sarah REITHMAYR (Sekretariat)
Mag. Carina RUMPOLD (Pressesprecherin)
Claudia SEDLAK (Büroleitung)
Andreas STEINER, BA MA (Pressesprecher)
Petra STOSSIER (Sekretariat)
Beate WINKLER (Finanz- und Personaladministration)

Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus Konsulenten zu Rat gezogen.
Per E-Mail sind alle Mitarbeiter/innen über vorname.nachname@gemeindebund.gv.at erreichbar.

Kontakt:

Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6
1010 Wien
Tel.: +43 (0)1 512 14 80
www.gemeindebund.at
office@gemeindebund.gv.at

Das Österreichische Gemeindebundbüro in Brüssel
Mag. Daniela Fraiß (Büroleitung)
Avenue de Cortenbergh 30
Tel.: +32 2 28 20 680
E-Mail: ogemeindebund@skynet.be

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbilds des Österreichischen Gemeindebundes, sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen.

2.098 Gemeinden gibt es derzeit in Österreich. 2.087 davon sind in den Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes organisiert. Der Österreichische Gemeindebund ist die Dachorganisation seiner Landesverbände und vertritt die Interessen der Kommunen auf Bundesebene. Diese Aufgabe ist verfassungsrechtlich abgesichert und gibt dem Gemeindebund das Mandat, für die Gemeinden auch Vereinbarungen zu treffen.

Der Finanzausgleich ist sicherlich die wichtigste Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden getroffen wird. Aber

auch andere Themenfelder, wie etwa der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Schulen oder auch die Finanzierung der Pflege, werden vom Gemeindebund für alle Gemeinden verhandelt.

Die Kommunen selbst sind (freiwillige) Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden. Die Landesorganisationen wiederum sind Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes.

Oberstes Organ ist der Bundesvorstand, der 64 Mitglieder hat und zumindest zwei Mal pro Jahr zusammentritt. Wesentlich öfter tritt das Präsidium zusammen, um aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen zu beraten.

An der Spitze des Gemeindebundes steht seit März 2017 Präsident Bgm. Alfred Riedl. Die

Vizepräsident/inn/en sowie die Präsident/inn/en der Landesverbände bilden das Präsidium. Zum Landesobmann können nur aktive Bürgermeister/innen gewählt werden.

Das operative Tagesgeschäft wird vom Generalsekretariat unter der Führung von Dr. Walter Leiss erledigt. Mit insgesamt 14 Mitarbeiter/inne/n ist die Struktur sehr schlank.

Die Landesverbände unterhalten eigene Geschäftsstellen und vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden gegenüber ihren Bundesländern. Sie begutachten Landesgesetze und schließen Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen.

Für weitere Informationen über die Arbeit des Gemeindebundes besuchen Sie bitte unsere Homepage www.gemeindebund.at.



PRÄSIDIUM ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Organe und Gremien des Österreichischen Gemeindebundes (Stand Sommer 2018)

Präsidium



1. Vizepräsident

Präs. LAbg. Bgm.
Johann Hingsamer (OÖ)



Präsident

Bgm. Mag.
Alfred Riedl (NÖ)



2. Vizepräsident

Präs. Bgm.
Rupert Dworak (NÖ)

Weitere Mitglieder im Präsidium

Präs. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)
Präs. Bgm. Erich Trummer (B-SP)
Präs. Bgm. Peter Stauber (K)
Präs. Bgm. Günther Mitterer (S)
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)
Präs. Bgm. Harald Köhlmeier (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme

Generalsekretär vortr. HR Dr. Walter Leiss
Bgm. Hanspeter Wagner (int. Vertreter)
Vbgm. Dr. Carmen Kiefer (int. Vertreterin)
LAbg. GR Hannes Weninger (int. Vertreter)
Bgm. Arnold Marbek (int. Vertreter)
Bgm. Mag. Pauline Sterrer (int. Vertreterin)
Bgm. Waltraud Schwammer (int. Vertreterin)

BUNDESVORSTAND ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND



Mitglieder Burgenland

Präs. Bgm. Erich Trummer
Präs. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. BR-Präs. Bgm. Inge Posch-Gruska
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner

Mitglieder Kärnten

Präs. Bgm. Peter Stauber
VPräs. LAbg. Bgm. Klaus Köchl
VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder
VPräs. Bgm. Josef Müller
VPräs. Bgm. Christian Poglitsch

Mitglieder Niederösterreich

Präs. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
Präs. Bgm. Rupert Dworak
VPräs. Bgm. Andreas Babler, MSc
LAbg. Bgm. Josef Balber
Mag. Sabine Blecha
LGf. Dir. GemR Mag. Ewald Buschenreiter
LAbg. Bgm. Margit Göll
VPräs. Bgm. Herbert Goldinger
NR Bgm. Renate Gruber
Bgm. Kurt Jantschitsch
Bgm. Manfred Marihart
VPräs. LAbg. Bgm. a. D. Karl Moser
VPräs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl
Bgm. Anette Töpfl
Bgm. Michaela Walla

Mitglieder Oberösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
Bgm. Mag. Walter Brunner
Bgm. Johann Holzmann
VPräs. Bgm. Manfred Kalchmair
Bgm. Wilfried Kellermann
Bgm. Mag. Bettina Lancaster
VPräs. BR Bgm. Peter Oberlehner
Bgm. Mag. Anton Silber
Bgm. Karl Staudinger
Bgm. Andreas Stockinger
Bgm. Helmut Wallner
Bgm. Johann Weirathmüller

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Günther Mitterer
Bgm. Gerd Brand
Bgm. Wolfgang Eder
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut
Mödlhammer
Bgm. Johann Warter

Mitglieder Steiermark

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
Bgm. Herbert Gugganig
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Johann Kaufmann
Bgm. Peter Koch, MAS
Bgm. Gregor Löffler
Bgm. Reinhard Reisinger
Bgm. Ronald Schlager
VPräs. Bgm. Manfred Seebacher
VPräs. NR Bgm. Christoph Stark
Bgm. Johann Urschler

Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Franz Hauser
VPräs. Bgm. Christian Härtnig
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
Bgm. Mag. Josef Mair
Bgm. Ing. Rudolf Puecher
Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Harald Köhlmeier
VPräs. Bgm. Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann
VPräs. Bgm. Werner Müller, MAS
Bgm. Mag. Harald Witwer



EHRENMITGLIEDER ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Ehrenpräsidenten

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. Bgm. a.D. Prof. Helmut Mödlhammer

Ehrenmitglieder des Präsidiums

Generalsekretär a.D. vortr. HR i.R. Dr. Robert Hink

Träger des Ehrenringes

Generalsekretär a.D. vortr. HR i.R. Dr. Robert Hink
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll †
Präs. a.D. Bgm. a.D. Prof. Helmut Mödlhammer
Präs. a.D. Bgm. a.D. Rudolf Ostermann †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder

Ehrenmitglieder

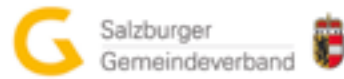
Präs. a.D. Bgm Mag. Wilfried Berchtold
BR a.D. Bgm. a.D. Ludwig Bieringer
LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Hans Ferlitsch
Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
Dir. a.D. Hofrat Dr. Hans Gargitter
VPräs. a.D. Bgm. Valentin Andreas Happe
LR a.D. VPräs. a.D. Bgm. a.D. Fritz Knotzer
Präsident a.D. Bgm a.D. Anton Koczur †
LH a.D. Dr. Josef Krainer †
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll †
Dir. a.D. Helmut Lackner
LGf. a.D. Dr. Helmut Ludwig
Präs. a.D. Bgm. a.D. Prof. Helmut Mödlhammer
Bgm. a.D. Erwin Mohr
HR Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhofer
Bgm. a.D. Franz Ninaus
LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Walter Prior
Präs. a.D. Bgm a.D. Günther Pumberger
Präs. a.D. Bgm a.D. Michael Racz
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm. a.D. Dipl.-Volksw. Hubert Rauch †
Bgm. a.D. Dr. Hans Rauscher
Bgm. a.D. Vinzenz Rauscher
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm a.D. Franz Rupp
Präs. a.D. Bgm. a.D. Ernst Schmid
Magistratsdirektor Mag. Christian Schneider
Bgm. a.D. Ökon.-Rat Hans Steiner
Präs. a.D. Bgm. Ferdinand Vouk
Präs. a.D. Bgm. a.D. Bernd Vögerle
Dir. a.D. Dr. Klaus Wenger



Vorarlberger Gemeindeverband
Bgm. Harald Köhlmeier (Präsident)
E-Mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at
www.gemeindeverband.at



Oberösterreichischer Gemeindebund
LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Präsident)
E-Mail: post@ooegemeindebund.at
www.ooegemeindebund.at



Salzburger Gemeindeverband
Bgm. Günther Mitterer (Präsident)
E-Mail: gemeindeverband@salzburg.at
www.gemeindeverband.salzburg.at



Tiroler Gemeindeverband
Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident)
E-Mail: tiroler@gemeindeverband-tirol.at
www.gemeindeverband-tirol.at



Kärntner Gemeindebund
Bgm. Peter Stauber (Präsident)
E-Mail: gemeindebund@ktn.gde.at
www.kaerntner-gemeindebund.at



Niederösterreichischer Gemeindebund
Bgm. KR Mag. Alfred Riedl (Präsident)
E-Mail: post@noegemeindebund.at
www.noegemeindebund.at



Verband sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ
Bgm. Rupert Dworak (Präsident)
E-Mail: office@gvvnoe.at
www.gvvnoe.at



Burgenländischer Gemeindebund
Bgm. Leo Radakovits (Präsident)
E-Mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at
www.gemeindebund-burgenland.at



Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland
Bgm. Erich Trummer (Präsident)
E-Mail: office@gvvbgld.at
www.gvvbgld.at



Gemeindebund Steiermark
LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Präsident)
E-Mail: post@gemeindebund.steiermark.at
www.gemeindebund.steiermark.at

Vorarlberg
96 Gemeinden

Tirol
279 Gemeinden

Salzburg
119 Gemeinden

Kärnten
132 Gemeinden

Oberösterreich
440 Gemeinden

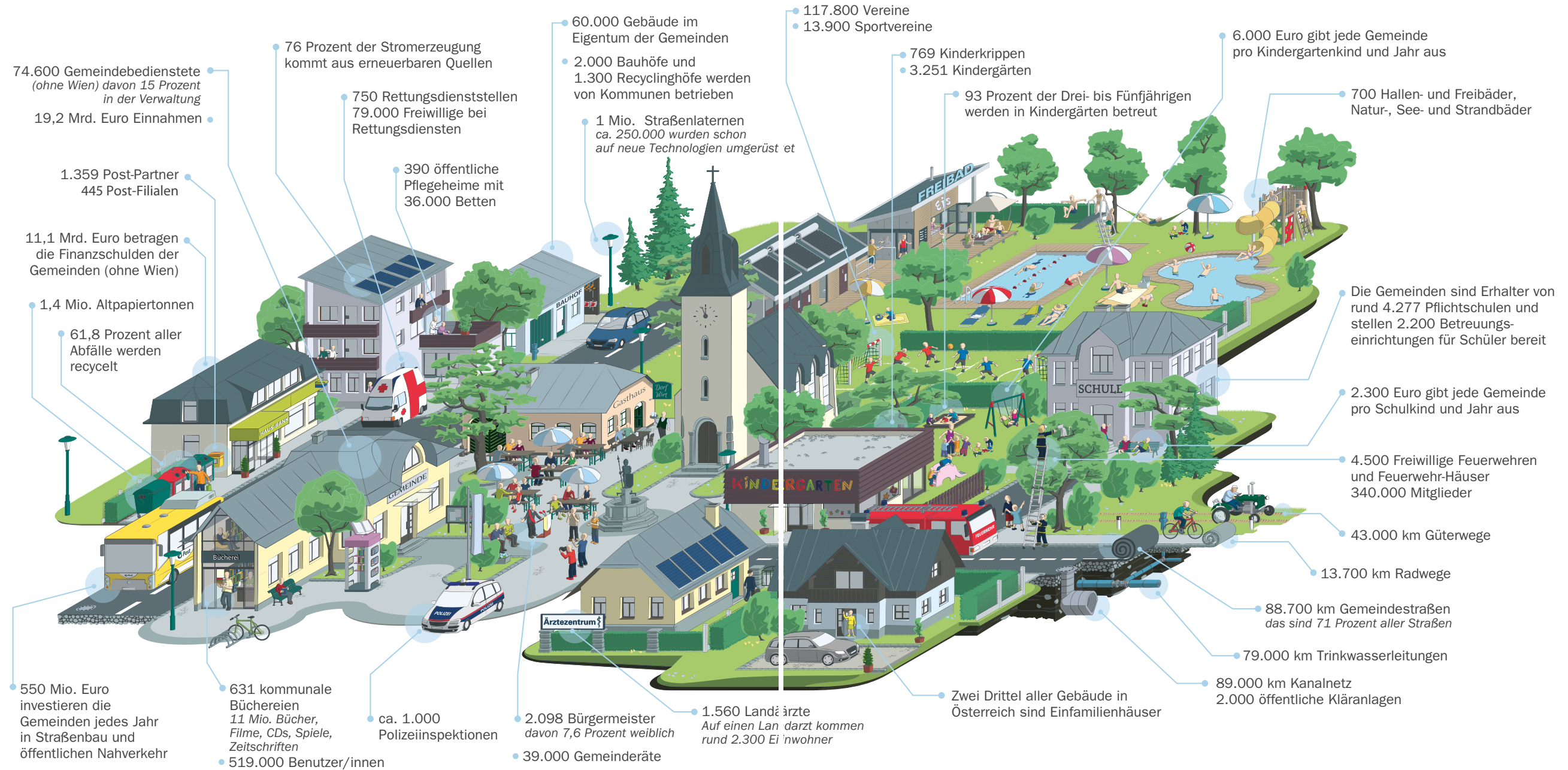
Steiermark
287 Gemeinden

Niederösterreich
573 Gemeinden

Wien

Burgenland
171 Gemeinden

WAS UNSERE GEMEINDEN LEISTEN ...



Wir legen großen Wert auf Gleichbehandlung. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit beziehen sich die gewählten neutralen Bezeichnungen, wie Bürger, Politiker etc., sowohl auf Männer als auch auf Frauen

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
www.gemeindebund.at

Koordination und Redaktion: Mag. Carina Rumpold, Sabrina Neubauer

Gestaltung: Ronald Putzker
Putzkers Grafikteam/Mag. Caroline Klima, 1220 Wien, Eibengasse 8
www.putzkersgrafikteam.com

Illustrationen & Grafiken: *Coverfoto:* Shutterstock. Bearbeitung & Idee: Lukas Kaspar/Caroline Klima/ Putzkers Grafikteam
Schulgrafik (Seite 10), *Eckpunkte Regionales Pflegebudget* (Seite 24): Putzkers Grafikteam
Personallücken (Seite 22): www.wegweiser-kommune.de
Pflege in Zahlen (Seite 28/29): Caroline Klima/Putzkers Grafikteam
Landärztegrafik (Seite 38), *Onlinehandel im Überblick* (Seite 54), *Frauen in politischen Ämtern* (Seite 66), *Onlinehandel – E-Government* (Seite 74): Max Fabigan/Putzkers Grafikteam
Ökostraße 1 + 2 (Seite 62): Peter Siedl/Putzkers Grafikteam
Das digitale Dorf (Seite 80–81): Konzeption und Umsetzung: Caroline Klima; Bearbeitung Gemeindegrafik: Lukas Kaspar/Putzkers Grafikteam
Österreichgrafik (Seite 90–91): Putzkers Grafikteam/Österreichischer Gemeindebund
Gemeindegrafik (Seite 92–93): Illustration: Stefan Pommer; Beschriftung: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG

Bildnachweis: Shutterstock (Cover; Seite 40, 52)
Felicitas Matern (Seite 2, 7, 85)
VPräs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl (Seite 4)
Gemeindebund/Mag. Carina Rumpold (Seite 8, 13, 63, 84, 88)
Joachim Haslinger (Seite 14, 19)
Kai Uwe Oesterhelweg (Seite 20, 27)
Arne Müseler (Seite 30, 35)
Foto Hofer, Innsbruck (Seite 36, 43)
Jürg Christandl (Seite 44, 46, 47, 48, 49 alle oben)
WILKE (Seite 49 rechts)
Katharina Schiffli (Seite 50, 57)
Patrick Krammer (Seite 58)
Marktgemeinde Ober-Grafendorf, Foto Durl (Seite 60)
EAF Berlin (Seite 64, 71)
DUK/Reischer (Seite 72, 79)
Schuller (Seite 86)

Quellennachweis zu den Grafiken:

Frauen in politischen Gremien und Ämtern (Seite 66)
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland (Stand 2015);
Lukoschat, Helga/Belschner, Jana (2017): Macht zu gleichen teilen. Ein Wegweiser zu Frauen in der Politik (Stand 2014)
Heinrich-Böll Stiftung (2017): Genderranking deutscher Großstädte 2017 (Stand 2017)
Österreichischer Gemeindebund: <https://gemeindebund.at/befragung-frauen-muessen-sich-das-amt-auch-mehr-zutrauen/>; <http://gemeindebund.at/unsere-buergermeisterinnen/>
Bundesamt für Statistik Schweiz (2018): <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/frauen.html>
Südtiroler Landesverwaltung (2015): Gemeindevahlen: Landesbeirat für Chancengleichheit zieht positive Bilanz: http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?news_action=4&news_article_id=504177;
Landesbeirat für Chancengleichheit (2015): Wie viele Bürgermeisterinnen braucht das Land?, In: eres – FrauenInfofonne (2/2015) www.provinz.bz.it/chancengleichheit/eres-frauen-info-donne.asp?publ_action=300&publ_image_id=358929.
EU-Staaten: EIGE (2018): Gender Statistics Database, National Parliaments Single/Lower House, http://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl_wmid_natparl;
Schweiz: Bundesamt für Statistik Schweiz: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/frauen.html>;
Südtirol: Landesbeirat für Chancengleichheit (2015): Wie viele Bürgermeisterinnen braucht das Land?, In: eres – FrauenInfofonne (2/2015) www.provinz.bz.it/chancengleichheit/eres-frauen-info-donne.asp?publ_action=300&publ_image_id=358929
Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/sites/default/files/demokratiereform-03_genderranking_-_baf.pdf?dimension1=ds_genderranking17

Pflege in Zahlen (Seite 28/29)
Statistic Brief – Betreuung und Pflege im Alter
Pflegedienstleistungsstatistik, Bericht Qualitätssicherung 2016, Pflegegeldinformation – PFIF des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger
Qualitätssicherung 2016; Statistik Austria, Empfehlungen der Reformarbeitsgruppe, Ergebnisbericht GÖG
Statistik Austria: Pflegedienstleistungsstatistik 2016
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO; 2017)

NEU!

Kinderbuch über die Aufgaben der Gemeinde.

Ein Kinderbuch, in dem die Aufgaben der Gemeinden beschrieben werden. Ideal für Kinder der 3. Schulstufe, wo oft auch die Gemeinde am Lehrplan steht. Eine perfekte Vorbereitung für den Besuch am Gemeindeamt oder bei dem/der Bürgermeister/in. Katze Lisi oder Hund Franz führen durch die Geschichte und stellen den Kindern Verständnisfragen.



Bestellen Sie das Kinderbuch jedes Jahr für die Schüler/innen Ihrer Gemeinde zum Selbstkostenpreis von 0,70 Euro pro Stück auf

www.gemeindebund.at/kinderbuch





Österreichischer Gemeindebund
1010 Wien • Löwelstraße 6
www.gemeindebund.at